

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung vom 13. bis 16. Juni 1994 in Paris

Während des ersten Teils ihrer 40. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Bericht des Rates

- Zweiter Teil des 39. Jahresberichtes des Rates
 - Ansprache des luxemburgischen Vizepremier-, Außen- und Verteidigungsministers, Jacques Poos, Amtierender Ratsvorsitzender
- Hierzu stellte Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell eine Frage (S. 27)

Politische Fragen

- Die WEU und die Weiterentwicklung der Europäischen Union
— Erwiderung auf den 39. Bericht des Rates (*Empfehlung 558* — S. 18)
Hierzu sprachen die Abg. Robert Antretter (S. 18), Dr. Günther Müller (S. 17) und Heinz-Alfred Steiner (S. 16)
- Europäische Sicherheit: Krisenverhütung und Krisenbewältigung (*Empfehlung 559* — S. 22)
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Günther Müller (S. 20) und Prof. Dr. Hartmut Soell (S. 22)
- Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Sir Dudley Smith
- Ansprache des Generalsekretärs der Westeuropäischen Union, Willem van Eekelen
Hierzu stellte Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell eine Frage (S. 14)

- Ansprache des britischen Außenministers, Douglas Hurd
Hierzu stellten die Abg. Robert Antretter (S. 20) und Torsten Wolfgramm (S. 20) eine Frage
- Ansprache des polnischen Außenministers, Andrzej Olechowski
Hierzu stellte Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell eine Frage (S. 24)
- Ansprache des maltesischen Außenministers, Guido de Marco
- Ansprache des slowakischen Außenministers, Eduard Kukan

Verteidigungsfragen

- Die Rolle und Zukunft der Nuklearwaffen (*Empfehlung 564* — S. 30)
- Die Planungszelle der WEU — Erwiderung auf den 39. Bericht des Rates (*Empfehlung 561* — S. 25)
- Die operationelle Organisation der WEU: die Zusammenarbeit auf See und im maritimen Bereich — Teil 2 (*Empfehlung 562* — S. 28)
- Ansprache des Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), General Joulwan
Hierzu stellte Abg. Peter Kittelmann eine Frage (S. 27)
- Ansprache des dänischen Verteidigungsministers, Hans Haekkerup

Technologie und Raumfahrt

- Die Europäische Rüstungsagentur — Erwiderung auf den 39. Jahresbericht des Rates (*Empfehlung 557* — S. 15)
Hierzu sprach Abg. Lilo Blunck (S. 14)

Haushalts- und Verwaltungsfragen

- Die Haushalte der ministeriellen Organe der WEU für das Haushaltsjahr 1994 (*Empfehlung 563* — S. 29)

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

- Parlamentarische Zusammenarbeit mit den Ländern des WEU-Konsultationsforums (*Richtlinie 90* — S. 24 und *Empfehlung 560* — S. 25)

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder der Versammlung sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten sind überwiegend zusammengefaßt wiedergegeben.

Sir Dudley Smith (Großbritannien) wurde erneut zum Präsidenten der Versammlung gewählt. Als deutscher Vizepräsident wurde Abg. Heinz-Alfred Steiner gewählt.

Den Bericht des Rates der WEU trug als amtierender Vorsitzender der luxemburgische Außenminister Jacques Poos vor.

Zur Versammlung sprachen weiterhin der britische Außenminister Hurd, der polnische Außenminister Olechowski, der dänische Verteidigungsminister Haekkerup, der maltesische Vizepremier- und Außenminister de Marco, der slowakische Außenminister Kukan, General Joulwan (SACEUR) sowie der Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen.

An der Tagung nahmen als ständige Beobachter Parlamentarier aus Bulgarien, Estland, Griechenland, Ungarn, Litauen, Norwegen, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Rumänien sowie parlamentarische Beobachter aus Österreich, Finnland, Dänemark, Irland, Malta, der Russischen Föderation, Slowenien, Schweden und der Türkei teil.

Schwerpunkte der Beratungen

Der **Präsident der Versammlung, Sir Dudley Smith** (Großbritannien), ging zu Beginn seiner Ansprache auf die Ergebnisse des NATO-Gipfels ein, der die Grundregeln für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zwischen NATO und WEU festgelegt habe. Hierbei blieben noch eine Reihe praktischer Probleme zu lösen, wie der vom Ständigen Ausschuß verabschiedete Bericht zum Thema „Die Entwicklung der NATO und ihre Folgen für die WEU“ zeige.

Der Präsident begrüßte, daß die WEU entsprechend der Empfehlung der Versammlung, einen neuen Assoziierungsstatus für die Konsultationspartner zu schaffen, in der Kirchberg-Erklärung am 9. Mai 1994 den betreffenden Ländern den Status der assoziierten Partnerschaft angeboten hat. Sir Dudley Smith bezeichnete die Entwicklung intensiverer Beziehungen zu den Partnerländern auch als eines seiner eigenen Hauptziele. Die eingetretenen Veränderungen machten auch Änderungen der Geschäftsordnung der Versammlung erforderlich sowie praktische Vorkehrungen, wobei ein gemeinsamer Ausschuß von Mitgliedern des Rates und der Versammlung zur Lösung der anstehenden Fragen beitragen solle. Der Präsident erklärte, in den mittel- und osteuropäischen Ländern werde die Assoziierte Partnerschaft der WEU teilweise als bedeutender angesehen als die Partnerschaft für den Frieden der NATO; das Angebot der WEU solle jedoch als Ergänzung und nicht als konkurrierendes Instrument betrachtet werden. Kritisch äußerte er sich zu der beschlossenen Aussetzung der Sitzungen des Konsultationsforums, da es hierdurch für die mögliche Teilnahme anderer europäischer Staaten an einem klaren Rahmen fehle. Der Präsident begrüßte die Reaktionen Rußlands auf die jüngsten Entwicklungen in der WEU sowie den von dort geäußerten Wunsch nach bilateralen Beziehungen. Er begrüßte ferner die positive Reaktion seitens der US-Regierung und die Äußerungen Präsident

Clintons, die die WEU und die europäische Verteidigungsidentität unterstützen. Weiter ging er auf die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union und die Auswirkungen für die WEU ein sowie auf das Verhältnis zwischen der WEU-Versammlung und dem Europäischen Parlament.

Der **Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen**, befaßte sich in seiner Rede ebenfalls mit den Beziehungen der WEU zu den mittel- und osteuropäischen Staaten. Durch das Angebot einer assoziierten Partnerschaft sei die WEU in die vorderste Linie des europäischen Aufbauprozesses gerückt, da dies einen konkreten Schritt im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der EU bedeute. Das Konzept ergänze in sinnvoller Weise die Partnerschaft für den Frieden der Allianz und den Europäischen Stabilitätspakt; der vorgesehene Sicherheitsdialog werde die politische Solidarität zwischen den betreffenden Ländern und Westeuropa stärken. Der Generalsekretär unterstrich in diesem Zusammenhang die Bereitschaft, der Versammlung die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie ihren sich aus der Erweiterung ergebenden Pflichten gerecht werden könne. Van Eekelen betonte die Notwendigkeit für die WEU, ihre Fähigkeit zur Definition einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik unter Beweis zu stellen. Er bezeichnete das Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos (Combined Joint Task Forces — CJTF) als wertvoll für die Planung von WEU-Missionen. Da es jedoch nicht die automatische Verfügbarkeit für die WEU einschließe, sondern eine vorherige Entscheidung des Nordatlantikrates voraussetze, müsse die WEU ihre eigenen Planungsfähigkeiten aufrechterhalten und ihre operationelle Rolle mit dem Ziel entwickeln, aus eigener Entscheidung oder auf Anfrage der EU handeln zu können. Die operationellen Kapazitäten der WEU setzten ferner eine verstärkte Zusammenarbeit im Rüstungsbereich voraus. Dabei erfordere industrielle Kooperation zunächst die Formulierung einer europäischen Militärpolitik mit entsprechenden Vorgaben, woran es bis jetzt fehle.

Ein Schwerpunkt der Beratungen lag auf dem Thema **Die WEU und die Weiterentwicklung der Europäischen Union — Erwiderung auf den 39. Jahresbericht des Rates**. Der Berichterstatter ging zunächst auf die Folgen des Maastrichter Vertrages für die WEU ein. Es gebe zwei Extrempositionen für die Zukunft, nämlich von der EU absorbiert zu werden oder als gänzlich autonome Organisation weiterzubestehen. Er sprach sich für einen Mittelweg aus, der gleichzeitig intensive Beziehungen mit der EU sowie weitgehende Unabhängigkeit der WEU ermögliche. Im Hinblick auf die Beziehungen zur EU habe die eingerichtete gemeinsame Arbeitsgruppe bislang leider wenig Fortschritte erzielt. Das Europäische Parlament habe erkennen lassen, daß es die WEU-Versammlung ersetzen wolle, wobei der Berichterstatter nicht ausschloß, daß diese Position vom neugewählten EP möglicherweise überdacht würde. Im Verlauf der Debatte wurde gefordert, daß die Versammlung in ihrer Arbeit fortfahren und nicht passiv Reaktionen der EU und des EP abwarten solle. Erforderlich sei außerdem eine klare Definition einer gemeinsamen Sicherheitspolitik für West- und Zentraleuropa, unabhängig davon, wie schnell die WEU oder das EP gemeinsam diese Verantwortung übernehmen. Die Vorgabe

klarer Perspektiven sei die Grundbedingung für effizientes Handeln, was auch für die Planungszelle gelte. Verwiesen wurde ferner auf die Probleme, die durch den Beitritt neuer Mitglieder zur EU entstehen, die — wie Österreich — nicht Mitglieder der WEU werden wollen. Zur Rolle des Europäischen Parlaments wurde unterstrichen, daß die Zusammensetzung der WEU-Versammlung aus Repräsentanten der nationalen Parlamente dem EP wegen seiner mangelnden Kompetenzen vorzuziehen sei. Grundsätzlich entstünden viele Schwierigkeiten daraus, daß die fehlende einheitliche Meinung in der EU zu vagen Formulierungen führe, die zwar für alle annehmbar seien, jedoch keine klaren Entschlüsse ermögliche. Angesprochen wurde aber auch die positive Wirkung des heutigen Europa, das zu Koordination und Kooperation zwingt; so wäre vor Jahrzehnten eine einheitliche Haltung der europäischen Staaten im Jugoslawien-Krieg undenkbar gewesen. Seitens der slowenischen Delegation wurde das Interesse an der assoziierten Partnerschaft der WEU und einem entsprechenden Status in der Versammlung betont. Ein polnischer Delegierter erklärte, die assoziierte Partnerschaft entspreche zwar noch nicht den polnischen Erwartungen, bilde aber eine gute Grundlage für praktische Zusammenarbeit und spiegele die Unumkehrbarkeit des Prozesses wider, der die mittel- und osteuropäischen Länder in Europa integriere. In diesem Zusammenhang erklärte der Redner den Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft in der Versammlung.

Der amtierende Ratsvorsitzende und luxemburgische Außenminister Jacques Poos ging in seiner Ansprache auf die Kirchberg-Erklärung ein, die die zweifache Rolle der WEU als Verteidigungskomponente der EU und als europäischer Pfeiler der NATO gestärkt habe. Eingehend auf die Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Länder erklärte Poos, hier habe man bereits erhebliche Fortschritte erzielt. Zunächst habe die WEU das Konsultationsforum eingerichtet und ein halbes Jahr nach dem deutsch-französischen Vorschlag zur Verbesserung des Status der Länder, die mit der EU ein Assoziierungsabkommen geschlossen haben oder schließen werden, sei nunmehr der Status der assoziierten Partnerschaft geschaffen worden.

Kernstück der assoziierten Partnerschaft seien Konsultationen auf der Ebene des Ständigen Rates. Daß die Teilnahme auf die Hälfte der Sitzungen beschränkt sein soll, folge aus dem Gebot, die Effizienz der Organisation nicht zu gefährden. Die Partner würden informiert über die Einrichtung von Arbeitsgruppen und könnten zur Teilnahme eingeladen werden; auch Verbindungen mit der Planungszelle würden aufgebaut. Die Partner können sich an den Debatten beteiligen, aber keine Entscheidungen blockieren. Sie können ferner an humanitären Aktionen teilnehmen und übernehmen in diesem Fall dieselben Pflichten wie andere Mitglieder. Poos hob die Bedeutung der Gleichbehandlung aller Mitglieder des Konsultationsforums hervor, was auch den Forderungen der Versammlung entspreche.

Poos begrüßte im weiteren den Beitritt Österreichs, Finnlands, Norwegens und Schwedens zur EU und die Bereitschaft dieser Länder zur Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicher-

heitspolitik (GASP). Wesentlich sei ferner die ebenfalls am 9. Mai beschlossene Intensivierung des Austausches mit Rußland sowie der Dialog mit den Maghreb-Staaten.

Der amtierende Ratsvorsitzende würdigte außerdem die immer engeren Beziehungen zwischen WEU und NATO und unterstrich, daß auf dem letzten NATO-Gipfel die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität und die tragende Rolle der WEU hierbei bestätigt worden sei. Der Wille, der WEU Verantwortung zu übertragen, sei zwar bereits im Neuen Strategischen Konzept der Allianz erkennbar, aber nicht mit der jetzigen Eindeutigkeit. Als historischen Schritt bezeichnete er die erklärte Bereitschaft der NATO, der WEU ihre Mittel zur Verfügung zu stellen und ging in diesem Zusammenhang auf das Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) ein. Nur eine enge Abstimmung zwischen WEU und NATO werde einen effizienten Einsatz auch durch die WEU ermöglichen. Der Ständige Rat habe eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit allen militärischen und politischen Aspekten im Verhältnis zur Allianz befaßt, unter anderem auch mit den CJTF.

Im weiteren ging Poos auf den Beitrag der WEU zum Aufbau der Verwaltung von Mostar ein und betonte, diese integrierte Verwaltung bilde ein konkretes Beispiel für die funktionierende Kooperation zwischen EU und WEU und die Bereitschaft der WEU, Entscheidungen der EU im Verteidigungsbereich umzusetzen. Minister Poos gab abschließend seiner Überzeugung Ausdruck, daß es der WEU gelingen werde, sich zu einer operationellen Organisation zu entwickeln, die die an sie gerichteten Erwartungen erfüllt. Hierzu müsse die begonnene Arbeit an der Definition einer europäischen Sicherheitspolitik fortgesetzt werden.

Der **polnische Außenminister Andrzej Olechowski** wies zunächst auf die Veränderungen in seinem Land hin und unterstrich, daß Polen sich der Demokratie und den Menschenrechten sowie der Marktwirtschaft verpflichtet habe. Polen brauche ein stabiles Sicherheitsumfeld, wobei er die Beziehungen zur Allianz und zur WEU sowie den Stabilitätspakt ansprach. Das Angebot der Partnerschaft für den Frieden sei von Polen begrüßt worden; man stehe bereits kurz vor dem Abschluß des individuellen Partnerschaftsprogramms. Polen wolle die Möglichkeiten optimal nutzen und auch an gemeinsamen Manövern teilnehmen. Minister Olechowski bezeichnete in diesem Zusammenhang solide Beziehungen zwischen der Allianz und Rußland als notwendig, wobei er hoffe, daß Rußland der Partnerschaft für den Frieden beitreten werde. Allerdings sei es paradox, wenn die Beziehungen zwischen der Allianz und Rußland enger würden als die der NATO mit den Ländern, die dieses neue Verhältnis erst ermöglicht haben. Daher sei es konsequent, Polen und den anderen Ländern die Vollmitgliedschaft in der NATO anzubieten, die die Kriterien hierfür erfüllen oder in Kürze erfüllen werden.

Olechowski begrüßte den Abschluß des Stabilitätspaktes und wies darauf hin, daß Polen bereits zuvor entsprechende Verträge mit Nachbarländern abgeschlossen habe, was sein Land als Beitrag zum Stabilitätspakt anbiete.

Eingehend auf die Beziehungen zur WEU betonte der polnische Außenminister, hierin liege eine Priorität der polnischen Sicherheitspolitik. Der Maastrichter Vertrag habe der WEU eine neue Rolle zugewiesen, auch die NATO habe die Stärkung des europäischen Pfeilers unterstützt. Polen, das die beiden Organisationen immer als komplementär angesehen habe, betrachte die Beziehungen zur WEU als bedeutsam sowohl im Hinblick auf die Verbindungen zur EU als auch zur NATO. Die Bewerbung um die Vollmitgliedschaft in der EU spiegele auch den Willen wider, der WEU beizutreten, weshalb Polen eine Ausweitung und Vertiefung der Beziehungen wünsche. Der Minister begrüßte die den Ländern des Konsultationsforums eingeräumte assoziierte Partnerschaft, die der Empfehlung der Versammlung entspreche und den Erwartungen Polens gerecht werde. Diese neue Art der Assoziierung bedeute eine auch formelle Solidarität in Sicherheitsfragen; sie eröffne die Möglichkeit der politischen Beteiligung und Teilnahme an gemeinsamen Aktionen. Der Minister unterstrich, daß ein enges Verhältnis Polens zur WEU auch in der Überzeugung angestrebt werde, daß dieses nicht nur den eigenen Wünschen, sondern auch den Interessen der EU und WEU entspreche.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit hob er die Bedeutung der parlamentarischen Dimension hervor und wies auf die intensiven Kontakte mit den Parlamenten der WEU-Mitgliedsländer hin. Olechowski bedankte sich für die Unterstützung der Versammlung und begrüßte die Gewährung des Beobachterstatus.

Einen weiteren Themenschwerpunkt bildete das Thema **Europäische Sicherheit — Krisenverhütung und Krisenbewältigung**. Der Berichterstatter betonte die Notwendigkeit, die Gefahrenquellen für den Frieden zu analysieren und die Instrumentarien zu präzisieren, mit denen man diesen begegnen wolle. Hier sei vom Rat bislang zu wenig unternommen worden. Als Bedrohungen für die europäische Sicherheit nannte er die Verbreitung von Waffen sowie politische Bedrohungen wie die Bevölkerungsexplosion in Afrika, Zuwanderung in Europa sowie das Erstarken nationalistischer Tendenzen und religiösen Fanatismus. Auch die Konflikte außerhalb Europas hätten Auswirkungen auf die europäische Sicherheit. Als wichtigstes Instrument bezeichnete er die Friedenspolitik, und unterstrich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Organisationen wie NATO und KSZE. Im Verlauf der Debatte wurde die Bedeutung effizienter Krisenbewältigung unterstrichen, die der Krieg auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien deutlich vor Augen führe. Im Hinblick auf weniger eindeutige Konfliktherde sei es ferner erforderlich, Bedrohungen frühzeitig zu analysieren, um Krisen zu verhüten. Hingewiesen wurde auch darauf, daß eine finanzielle Unterstützung wirtschaftlich schwacher Länder bei der Vernichtung von Nuklearwaffen notwendig sei. Außerdem wurde gefordert, neue Krisenbewältigungsmodelle zu diskutieren, da die alten Muster nicht mehr anwendbar seien. Aufgrund der Tatsache, daß Krisen heute schneller eintreten könnten, müßten die Zeiträume zwischen dem sog. „early warning“ und „early action“ verkürzt werden. Wirksame Krisenvermeidung setze ein Frühwarnsystem voraus, das bereits beispielsweise bei der Wahlbeobachtung beginnen müsse.

Dabei sei eine verstärkte Zusammenarbeit von WEU, NATO, VN, KSZE und Europarat notwendig.

Der **britische Außenminister Douglas Hurd** erklärte, Europa befinde sich am Beginn eines neuen Kapitels seiner Geschichte. Die Allianz sei weiterhin unverzichtbar, müsse sich aber den neuen Herausforderungen anpassen. Hierzu bedürfe es noch stärkerer Zusammenarbeit der europäischen Länder. Auch der amerikanische Präsident habe klar zum Ausdruck gebracht, daß eine größere Beteiligung der Europäer an der Verteidigung wünschenswert sei. Andernfalls würden die Vereinigten Staaten es zunehmend als schwierig ansehen, die Last einer starken militärischen Präsenz auf europäischem Boden zu tragen.

Als weitere Herausforderung bezeichnete Hurd die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern. Er begrüßte die hierzu verabschiedete Initiative der Partnerschaft für den Frieden, deren Flexibilität adäquate Beziehungen zu jedem der Partner erlaube, ohne eine Bedrohung für andere darzustellen. Engere Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern sollten auch in anderen Feldern aufgebaut werden, so im Bereich der internationalen Kriminalitätsbekämpfung; notwendig sei ferner Unterstützung bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft.

Die Struktur der geplanten Beziehungen zwischen den europäischen Sicherheitsorganisationen und Rußland faßte der Minister in dem Satz „No vetos, no surprises“ zusammen — weder stehe Rußland ein Vetorecht im Hinblick auf Entscheidungen der westlichen Organisationen zu, noch würden diese Maßnahmen ergreifen, die Rußland unvorbereitet treffen.

Weiter ging Hurd auf die assoziierte Partnerschaft der WEU ein, die die Partnerschaft für den Frieden ergänze. Großbritannien habe auch die noch engere Anbindung der drei assoziierten Mitglieder besonders begrüßt.

Hurd bezeichnete es nunmehr als unstreitig, daß die Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität nicht im Widerspruch zur NATO stehe. Der NATO-Gipfel, wonach die WEU die Fähigkeiten der NATO für eigene Operationen oder auf Anfrage der EU nützen könne, habe hier den Weg gewiesen. Dies setze die politische Unterstützung aller NATO-Verbündeten voraus sowie enge Arbeitsbeziehungen zwischen NATO und WEU.

Der **Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), General Joulwan**, unterstrich, die Bedeutung der NATO sei auch nach Ende des Kalten Krieges unverändert. Eine neue, flexiblere NATO zeichne sich ab, wobei die WEU als starker europäischer Pfeiler fungiere. Die NATO passe ihre Strukturen an und werde der WEU Einheiten zur Verfügung stellen, wenn dies erforderlich sei.

General Joulwan sprach sich für eine echte Partnerschaft in Europa aus. Das Engagement der Allianz, das Eintreten für gemeinsame Ziele und Werte habe Europa Stabilität und Wohlstand gebracht. Nun müßten diese Ziele auch in Osteuropa erreicht werden, wozu die Partnerschaft für den Frieden einen Beitrag leisten werde. Er

begrüßte die hier bereits erzielten Fortschritte; so habe man in Mons für die Koordinierungszelle ein Gebäude bereitgestellt und das erste gemeinsame Manöver in Polen werde geplant. Schon jetzt könne die Partnerschaft für den Frieden, die 20 Länder unterzeichnet hätten, als Erfolg bezeichnet werden. Die gemeinsamen Unternehmungen würden das gegenseitige Verständnis fördern und damit zu einem stabilen Sicherheitsumfeld beitragen. Er unterstrich die Notwendigkeit, Rußland, das eine Schlüsselrolle spiele, so weit wie möglich einzubeziehen, wobei er hoffe, daß auch dort das Angebot der Partnerschaft für den Frieden angenommen werde.

Eingehend auf die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen appellierte Joulwan an die Delegierten, sich in ihren Ländern für die Aufrechterhaltung der notwendigen Verteidigungsmittel einzusetzen.

General Joulwan betonte seine Unterstützung für eine europäische Verteidigungsidentität, wobei der europäische Pfeiler die Last nicht allein tragen könne. Die NATO bleibe das einzige Instrument, das Konsultationen und gemeinsame Aktionen auf transatlantischer Ebene ermögliche.

Der SACEUR unterstrich ferner seine Zustimmung zum Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF). Das Konzept, das die Einrichtung eines flexiblen CJTF-Hauptquartiers umfasse, befinde sich noch in der Planung; mit der Einsatzbereitschaft sei 1995 zu rechnen.

Der **dänische Verteidigungsminister Hans Haekkerup** betonte in seiner Rede die Notwendigkeit für die europäischen Staaten, einen gemeinsamen Weg zu Sicherheit und Stabilität zu finden. Ein Mittel sei hier die Partnerschaft für den Frieden und das Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF). Er bezeichnete die Partnerschaft für den Frieden als erfolgreiche Initiative, die einen Prozeß in Gang gesetzt habe, an dessen Ende die NATO-Erweiterung stehen werde. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, Rußland werde, wie von Außenminister Kosyrew angekündigt, der Partnerschaft beitreten.

Zur Rolle der WEU in der neuen Sicherheitsordnung in Europa erklärte Haekkerup, Dänemark werde nach dem Ergebnis des Referendums nicht an der Europäischen Verteidigung teilnehmen und daher auch nicht WEU-Mitglied werden. Die dänische Regierung sei zufrieden mit dem Status als Beobachter, der ihr die Möglichkeit zur Teilnahme an den Sitzungen des Rates und seiner Gremien gebe. Sollte allerdings die WEU sich zur zentralen Organisation für die europäische Sicherheit entwickeln, müsse man den Status überdenken.

Der dänische Verteidigungsminister unterstrich ferner die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen der WEU und der NATO weiterzuentwickeln und bezeichnete die CJTF als auch hierfür geeignetes Mittel. Die CJTF sollten eine Funktion für die gemeinsame Verteidigung haben und zur Entwicklung der Fähigkeiten der NATO im Hinblick auf Krisenmanagement beitragen; ferner stellten sie ein Instrument für die praktische Integration der

mittel- und osteuropäischen Länder dar. Minister Haekkerup ging anschließend auf die dänische Beteiligung an Friedensmissionen der VN ein und wies hierbei auf die 1995 zu erwartende Einsatzfähigkeit der Dänischen Reaktionsbrigade hin. Ferner unterstrich er die Bedeutung, die Dänemark dem multilateralen Dialog und der Kooperation im Rahmen von VN, KSZE, NATO und NAKR beimißt, wobei diese sinnvoll ergänzt werden könnte durch bilaterales Engagement. So würden die nordischen Staaten neben anderen die Einrichtung eines Baltischen Friedensbatallions unterstützen.

Der **maltesische Außenminister Guido de Marco** befaßte sich in seiner Rede mit der Sicherheit im Mittelmeerraum. Als wesentliche Punkte, die die Stabilität beeinträchtigen, nannte er die Bevölkerungsexplosion, die schlechte Wirtschaftslage und den erstarken Fundamentalismus, der in Armut und Arbeitslosigkeit einen Nährboden finde, sowie die vom Terrorismus ausgehenden Gefahren. De Marco nannte als grundlegendes Problem das Fehlen einer gemeinsamen mediterranen Identität; während die europäischen Staaten sich an der EU orientierten, seien die arabischen Staaten durch gemeinsame Kultur und Religion in der Arabischen Liga verbunden. Der notwendige Dialog, um den sich Malta immer besonders bemüht habe, müsse deshalb einen pragmatischen Ansatz haben.

Für Malta als europäischer Staat sei es vorrangiges Ziel, möglichst schnell Mitglied der EU zu werden. Hierfür seien nicht nur wirtschaftliche, sondern in erster Linie politische Überlegungen ausschlaggebend, auch im Hinblick auf die sich entwickelnde Sicherheitskomponente der EU. Der maltesische Außenminister ging anschließend auf verschiedene Vorschläge zur Entwicklung des Dialogs im Mittelmeerraum ein, wobei er zwischen zwei Grundformen unterschied. Zum einen gebe es Initiativen, die einen flexiblen Dialog ohne zuvor festgelegte Strukturen auf verschiedenen Ebenen — Regierung, Parlament und anderen — ermöglichen, wie der maltesische Vorschlag eines Mittelmeerrats. Andere Initiativen zielten auf die Schaffung eines strukturierten Prozesses mit Beratungen auf Experten-Ebene zu bestimmten Themen ab, aber vorrangig im Rahmen von Nicht-Regierungsorganisationen. Allerdings sollten diese Vorschläge nicht als Versuch gesehen werden, die Idee einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM) oder „5+5“ zu ersetzen, für die die Zeit möglicherweise noch nicht reif sei, sondern als Bestreben, den Dialog auch in einer Zeit des schwierigen Übergangs aufrechtzuerhalten. Er bezeichnete es in diesem Zusammenhang als bemerkenswert, daß sich sowohl die Kirchberg-Erklärung wie auch die Erklärung des Nordatlantikrates mit der Notwendigkeit der Förderung des Dialogs im Mittelmeerraum befaßt haben.

Gegenstand der Beratungen waren außerdem die **Rolle und Zukunft der Nuklearwaffen**. Der Berichterstatter unterstrich, daß Fortschritt in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa nur erreicht werden könne, wenn auch Klarheit hinsichtlich der Kernwaffenpolitik erzielt werde. Eine Lösung dieser Problematik setze voraus, daß Frankreich und Großbritan-

nien ihre Interessen definieren, wobei er die britische Position als eindeutig im Gegensatz zu der französischen bezeichnete. Im Zusammenhang mit der Nuklearen Planungsgruppe der Allianz warnte er davor, daß die größeren Staaten oft zu Unrecht den möglichen Beitrag der kleineren Staaten zu einer wirksamen Abschreckung unterschätzten. Zur Frage der Atomwaffentests bezeichnete er die völlige Einstellung solcher Tests als Endziel, was jedoch angesichts fortgesetzter Versuche beispielsweise von seiten Chinas kaum zu erreichen sei. Wenn Europa eine unabhängige Abschreckung haben wolle, seien auch Tests in gewissem Umfang unverzichtbar.

Im Verlauf der Debatte wurde die Vorstellung einer europäischen nuklearen Abschreckung zurückhaltend kommentiert. Weder Großbritannien noch Frankreich würden eine entsprechende Kontrolle zulassen. Positiv hervorgehoben wurde der Vorschlag einer Untersuchung über die britischen und französischen Interessen im Hinblick auf den möglichen Einsatz von Atomwaffen. Kritisiert wurde im Einklang mit dem Bericht das fehlende Interesse des Ministerrats an nuklearen Fragen. Die Versammlung empfahl dem Rat, eine strategische Arbeitsgruppe einzurichten um die Rolle und Zukunft der Nuklearwaffen zu untersuchen sowie den Beitrag, den die WEU-Staaten zur Ausarbeitung einer zukünftigen Nuklearstrategie spielen können. Ferner sollen die Beziehungen zu den GUS-Republiken vertieft und es soll sichergestellt werden, daß eine europäische Verteidigungsidentität kein neues Mißtrauen hervorruft. Diese Maßnahmen sollen in einer Atmosphäre absoluter Transparenz gegenüber den nordamerikanischen Verbündeten durchgeführt werden.

Weiterhin beriet die Versammlung über eine **operationelle Organisation für die WEU — Zusammenarbeit auf See und im maritimen Bereich**. Im Verlauf der Beratungen wurde die Bedeutung des maritimen Aspekts betont und die Wichtigkeit von WEU-Kapazitäten zur Durchführung von Marineoperationen angesichts angespannter Situationen in vielen Teilen der Welt, die europäische Interessen berühren können. Hingewiesen wurde auch auf die erfolgreiche Durchführung der WEU-Operationen, wobei noch Verbesserungen möglich seien. Im Hinblick auf die Neustrukturierung der NATO-Streitkräfte bedauerte der Berichterstatter die Auflösung des Kommandobereichs Ärmelkanal und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dort WEU-Elemente angesiedelt werden könnten. Er regte an, den NATO-Ausschuß „Ärmelkanal“ zu erweitern und die Einrichtung eines Ausschusses „Mittelmeerraum“ zu erwägen. Im Hinblick auf eine mögliche Einbeziehung der Handelsmarine solle die Planungszelle eine Zusammenarbeit beim Bau von Handelsschiffen und den Anforderungen in bezug auf die Art der Schiffe sowie Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Rekrutierung und Ausbildung der erforderlichen Mannschaften einleiten. Der Berichterstatter zerstreute hierbei Bedenken, daß diese Empfehlung eine staatliche Einmischung in die Privatwirtschaft bedeute. Letztlich wurde gefordert, daß für die Teilnahme an besonderen Operationen eine Anerkennung, etwa in Form einer Medaille, erfolgen solle, was auch eine Aufwertung der eigenen Organisation bedeute.

Ferner debattierte die Versammlung über die **Planungszelle der WEU — Erwiderung auf den 39. Jahresbericht des Rates**. In der Debatte wurde kritisiert, daß es immer noch an klaren Vorstellungen über die Ausgestaltung einer europäischen Sicherheitspolitik fehle. Bislang habe es hierzu viele Diskussionen, jedoch wenig praktische Konsequenzen gegeben. Nach dem Maastrichter Vertrag und der Petersberg-Erklärung habe man als erste konkrete Maßnahme die Einrichtung der Planungszelle beschlossen. Die Schwierigkeiten, mit denen diese zur Zeit noch konfrontiert sei, seien in erster Linie auf die fehlenden politischen Vorgaben zurückzuführen. Betont wurde auch die Notwendigkeit, die Planungszelle besser mit Arbeitsmitteln und Personal auszustatten und ihre Autonomie zu stärken, sodaß sie Forschungsaufträge auch ohne gesonderte Erlaubnis durchführen könne. Die Versammlung empfahl daher dem Rat, der Ausarbeitung einer europäischen Verteidigungspolitik höchsten Stellenwert beizumessen und in der Zwischenzeit der Planungszelle zu gestatten, sich auf ihre in der Petersberg-Erklärung definierten Hauptaufgaben zu beschränken sowie sicherzustellen, daß sie gleichzeitig umfassend am Implementierungsprozeß des CJTF-Konzepts mitarbeiten kann.

Die Delegierten befaßten sich darüber hinaus mit der **Europäischen Rüstungsagentur**. Auch hier wurde die beschleunigte Definition einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik gefordert. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei verschiedenen Gelegenheiten, so auch jetzt im Krieg auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, Geschlossenheit von Europa verlangt werde. Dies setze auch die Verwirklichung von Projekten wie der europäischen Rüstungsagentur voraus, deren Schaffung in der Maastrichter Erklärung der WEU-Mitgliedstaaten als Ziel genannt wird. Gefordert wurde in der Debatte weiter die verstärkte Zusammenarbeit auch der Rüstungsindustrien, die zur Zeit sogar rückläufig sei. Die Versammlung forderte den Rat auf, unverzüglich eine europäische Rüstungsagentur als ihm nachgeordnetes Organ zu schaffen.

Die Versammlung beriet außerdem über die **parlamentarische Zusammenarbeit mit den Ländern des WEU-Konsultationsforums**. Im Mittelpunkt der Ausführungen des Berichtstatters standen die unzureichenden Mittel der Versammlung für die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit mit den Ländern des Konsultationsforums, die vom Rat selbst gewünscht werde. Er kritisierte dabei ausdrücklich die die Haushaltsfrage betreffenden Antworten des britischen Außenministers Douglas Hurd, denen in keiner Weise eindeutige Zusagen entnommen werden könnten. Er kritisierte ferner, daß die Versammlung in der Kirchberg-Erklärung nur am Rande erwähnt werde. Angesprochen wurde außerdem die Problematik von Doppelarbeit im Rahmen der parlamentarischen Kooperation, die auf der Ebene der nationalen Parlamente und verschiedener internationaler Organisationen stattfinde. Delegierte aus den betreffenden Partnerländern betonten ihr Interesse an verstärkter Zusammenarbeit, wobei erklärt wurde, die Versammlung könne eine entscheidende Rolle bei der Verkleinerung des demokratischen Defizits in den Entscheidungsprozessen der WEU spielen. Gefordert wurde auch, den Delegierten der mittel- und osteuropäischen

Länder einen verbesserten Status einzuräumen, der zumindest dem in der Nordatlantischen Versammlung entsprechen sollte. Die Versammlung wies ihren Haushaltsausschuß an, in das Budget eine Rückstellung für die diesbezügliche parlamentarische Zusammenarbeit aufzunehmen und forderte den Rat zur Bereitstellung entsprechender Mittel auf.

Der **slowakische Außenminister Eduard Kukan** begrüßte den neuen Status der assoziierten Partnerschaft bei der WEU und unterstrich die Entschlossenheit seines Landes, als verlässlicher Partner an der europäischen Sicherheitsarchitektur mitzuwirken. Mit Bezug auf die Sicherheitslage der Slowakei betonte Kukan die Bedeutung der Zusammenarbeit der Visegrad-Staaten, für die die Integration in die euroatlantischen Strukturen die oberste Priorität ihrer Außenpolitik darstelle. In diesem Zusammenhang begrüßte er auch den europäischen Stabilitätspakt, der zur Sicherheit und Stabilität in der Region beitragen werde.

Eingehend auf die Rolle der Sicherheitsorganisationen meinte Kukan, keine der Organisationen könne die Herausforderungen allein bewältigen, wobei die NATO mit ihrem europäischen Pfeiler, der WEU, die bedeutendste Rolle spiele. Die Slowakei habe das Programm der Partnerschaft für den Frieden begrüßt und bereits ihr Einführungsdokument vorgelegt; Schritt für Schritt wolle man die notwendigen Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllen. Die von der WEU geschaffene assoziierte Partnerschaft habe deren Bedeutung noch weiter vergrößert. Die Slowakei sei bereit, aktiv an den Tätigkeiten der WEU teilzunehmen, wobei eine klare Perspektive für eine Vollmitgliedschaft für sein Land einen wichtigen Anstoß bedeuten würde. Abschließend erläuterte Kukan seine Vorstellungen von einem zukünftigen Europa als einer multi-nationalen und multi-ethnischen Gemeinschaft mit gleichen Rechten und betonte, daß angesichts der verbundenen Schicksale auch die Sicherheit unteilbar sei.

Bonn, den 18. Juli 1994

Prof. Dr. Hartmut Soell
Sprecher der Delegation

Gerhard Reddemann
Stellvertretender Sprecher

Montag, 13. Juni 1994

Tagesordnungspunkt

**Ansprache des Präsidenten der Versammlung,
Sir Dudley Smith (Großbritannien)**

(Themen: Ergebnisse des letzten NATO-Gipfels und die Folgen für die WEU — Status der Assoziierten Partnerschaft für die Länder des Konsultationsforums — Reaktionen von Seiten Amerikas und Rußlands auf die jüngsten Entwicklungen in der WEU)

Tagesordnungspunkt

**Ansprache des Generalsekretärs der WEU,
Willem van Eekelen (Niederlande)**

(Themen: Beziehungen der WEU zu den Ländern Mittel- und Osteuropas — Assoziierte Partnerschaft der WEU und Partnerschaft für den Frieden — Definition einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik — Konzept der alliierten Streitkräftekommandos (CJTF))

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Herr Generalsekretär! Ich habe eine ganz praktische Frage. Sie haben ja erklärt, in welchem Umfang nun dieser Dialog mit den neuen Staaten des östlichen Zentraleuropas intensiviert werden soll. Aber wenn man an die Kontinuität in unserem Ministerrat denkt, dann fällt einem ein, daß die Präsidentschaft im Ministerrat künftig jedes halbe Jahr wechseln soll. Das hätte Sinn ergeben, wenn der Vorsitz im Ministerrat der Europäischen Union identisch mit dem Vorsitz im Ministerrat der Westeuropäischen Union sein würde. Wie wir sehen, ist das aber ein Wechsel, der unterschiedliche Länder in die Präsidentschaft von EU und WEU bringt. Wenn man also einen kontinuierlichen Dialog gerade mit den neuen Mitgliedern aufrechterhalten, aber auch die vielen Aufgaben bewältigen will, die wir vor uns haben, wie ist das dann gewährleistet, wenn wir jedes halbe Jahr unterschiedliche Präsidentschaften innerhalb der Ministerräte von EU und WEU haben?

van Eekelen (Generalsekretär): Herr Vorsitzender! Die Präsidentschaft der Westeuropäischen Union kommt den Vollmitgliedsstaaten zu. Wir haben jetzt das Ende der Luxemburger Präsidentschaft, die ein Jahr währte. Dann kommen die Holländer und die Portugiesen sechs Monate lang dran. In einem Jahr ist Spanien an der Reihe. Dann stellt Spanien gleichzeitig den Präsidenten der Europäischen Union und den der Westeuropäischen Union. Wir haben uns noch nicht entschieden, wie es weitergeht. Aber ich halte es für logisch, so zu verfahren, daß die Präsidentschaft in der Westeuropäischen Union und in der Europäischen Union immer gleichzeitig wahrgenommen wird und daß wir die Termine der Präsidentschaft für diejenigen, die noch nicht Vollmitglieder der WEU sind,

abstimmen. Alle sechs Monate haben wir dann Konvergenz der Präsidentschaften. Jedenfalls wollen wir das berücksichtigen, was Sie gemeint haben.

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Jedenfalls steht noch nicht fest, daß über die spanische Präsidentschaft hinaus im nächsten Jahr beide Präsidentschaften in einem Repräsentanten desselben Staates vereint sind.

van Eekelen (Generalsekretär): Im Maastrichter Vertrag und in der WEU-Deklaration haben wir erklärt, daß wir die Synchronisation der Präsidentschaften anstreben. Wir haben noch keine formale Entscheidung getroffen, was wir nach der spanischen Präsidentschaft unternehmen. Aber unsere Meinung geht in diese Richtung. Eine Entscheidung muß noch getroffen werden. Ich vermute, das wird Ende dieses Jahres oder vielleicht im Frühling nächsten Jahres geschehen.

Tagesordnungspunkt

**Ansprache des dänischen
Verteidigungsministers, Hans Haekkerup**

(Themen: Rolle der WEU in der neuen europäischen Sicherheitsordnung — Beobachterstatus Dänemarks bei der WEU — Zusammenarbeit zwischen WEU und NATO und das Konzept der CJTF — Dänische Beteiligung an VN-Friedensmissionen)

Tagesordnungspunkt

**Die Europäische Rüstungsagentur —
Erwiderung auf den 39. Jahresbericht des Rates**

(Drucksache 1419)

Berichterstatter:

Abg. Augusto Borderas (Spanien)

Lilo Blunck (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich bei meinem Kollegen Borderas für seinen ausgezeichneten Bericht ganz herzlich bedanken. Er ist sehr notwendig, und er ist gerade zur rechten Zeit gekommen.

Meine Damen und Herren, Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts. Das erfahren tagtäglich Millionen Menschen im Herzen Europas, in afrikanischen Staaten und in Zentralamerika. Unsere verletzliche, kleine Welt brennt an allen Ecken und Enden.

Unvorstellbare Menschenmassen sind auf der Flucht, und wir in Europa haben wirklich nur mit einem Bruchteil Kontakt und ängstigen uns bereits zu Tode. Voller Panik und ohne Perspektive versuchen viele Menschen, zu viele von ihnen voller Gewalttätigkeit, nur ihr Leben zu retten.

Dabei begannen die neunziger Jahre doch so hoffnungsvoll. Das Ende des Kalten Krieges ließ uns glauben, jetzt könnten wir anfangen, unsere eigentlichen Probleme zu lösen: den Hunger und die unvorstellbare Not zu lindern, die in weiten Teilen der Welt herrschen.

Wir wollten ein klein wenig Mehr an Gerechtigkeit, wir wollten ein klein wenig Mehr an sozialem Frieden, weil er nicht nur die Voraussetzung für die innere Sicherheit, sondern auch für die äußere Sicherheit darstellt. Wir wollten auch unseren Frieden mit der Natur machen, bevor uns die Natur den Krieg erklärt.

Aber das Ende des Kalten Krieges bescherte uns leider kein Mehr an politischer Stabilität. Nein, ganz im Gegenteil, das Säbelrasseln nimmt zu, vagabundierende Waffen und Waffensysteme — konventionell bis atomar — lassen noch mehr kriegsrische Auseinandersetzungen befürchten.

Nicht zuletzt heizen unsere Rüstungsexporte außerhalb der NATO, oft in die ärmsten Regionen dieser Welt, die alles andere als Waffen wirklich nötig haben, das Gewaltpotential noch kräftig an. Diese Gewalt eskaliert eines Tages. Wen wundert das eigentlich?

So vernünftig einerseits gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel eine europäische Rüstungsagentur ist, so ist andererseits Voraussetzung dafür, daß wir einheitliche Rüstungsexportvorschriften haben. Unser Interesse ist nicht das Erobern der Märkte für unsere Waffen, sondern die Begrenzung des Handels. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu meinem ersten Abänderungsantrag.

Einen Tag nach den Europawahlen stelle ich — und ich muß sagen: wiederum — fest, daß wir, die Parlamentarier, die Zeche zahlen, wenn wir unsere Rechte gegenüber der Exekutive nicht wahrnehmen: unser Recht der Kontrolle und die dadurch stattfindende Transparenz staatlichen Handelns.

Ich weiß um die Begrenztheit unserer Möglichkeiten, aber zumindest sollte uns niemand den Vorwurf machen können, wir hätten diese uns doch zustehenden Kontrollmöglichkeiten nicht eingefordert und eingeklagt.

Deshalb bitte ich auch um die Zustimmung zu meinem zweiten Abänderungsantrag, daß der Rat die parlamentarische Kontrolle — sowohl der Beschaffenheit von Rüstungsgütern als auch deren Export — entweder durch die nationalen Parlamente oder durch die Parlamentarische Versammlung sicherstellen muß und dieses auch dokumentiert, damit das gewährleistet ist und wir von unserem Recht Gebrauch machen können, egal, wie die Strukturen aussehen, egal, ob es sich in unserem nationalen Haushalt niederschlägt oder ob es irgendwo anders dokumentiert oder dargestellt wird.

Ich bitte um Zustimmung.

Danke.

Empfehlung 557

betr. die Europäische Rüstungsagentur — Antwort auf den 39. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

- i. unter Berücksichtigung der dem Vertrag über die Europäische Union beigefügten Erklärung der WEU-Mitgliedstaaten, welche in bezug auf die operationelle Rolle der WEU u. a. eine Untersuchung vorsieht über „verstärkte Rüstungskoope-
ration mit dem Ziel der Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur“ sowie der in dieselbe Richtung gehenden Petersberg-Erklärung;
- ii. mit Genugtuung über den in Bonn im Dezember 1992 von den Verteidigungsministern der dreizehn IEPG-Staaten getroffenen Beschluß, die Funktionen dieser Gruppe auf die WEU zu übertragen und über die im Mai 1993 in Rom getroffenen Beschlüsse über die praktische Umsetzung dieser Aufgabenübertragung, insbesondere die Änderung des Namens der IEPG, der jetzt Westeuropäische Rüstungsgruppe (WERG) lautet;
- iii. mit Befriedigung über den von den nationalen Rüstungsdirektoren ausgearbeiteten und dem Treffen der Verteidigungsminister der WERG am 22. November 1993 in Luxemburg zur Prüfung vorgelegten Bericht über die Rüstungskoope-
ration;
- iv. ebenfalls mit Genugtuung über die Schaffung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe mit dem Ziel der Festlegung der Aufgaben der Europäischen Rüstungsagentur und der ihr zugrundeliegenden Rechtsgrundlagen;
- v. mit Genugtuung über die Übertragung bestimmter Aktivitäten der Eurogroup, insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit, der EUROCOM, EUROLOG und EUROLONGTERM auf die WEU;
- vi. weiterhin in Anbetracht dessen, daß eine Europäische Rüstungsagentur sich auf eine gemeinsame europäische Industrie- und Verteidigungs-
politik, einen integrierten Rüstungsmarkt und eine gemeinsame Ausfuhrpolitik für diese Rüstungsgüter stützen sollte;
- vii. feststellend, daß das letztliche Ziel einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, welche eine Übereinstimmung der politischen Richtlinien in militärischen und Rüstungsangelegenheiten beinhaltet, noch lange nicht erreicht ist;
- viii. in Anbetracht dessen, daß unter den gegebenen Umständen eine Europäische Rüstungsagentur als Ausgangspunkt betrachtet werden muß für ein Vorhaben, das solange weiterentwickelt wird, bis die Übereinstimmung der europäischen Positionen in Sicherheits- und Verteidigungsfragen die volle Entfaltung seiner Fähigkeiten gewährleistet;
- ix. jedoch in der Überzeugung, daß durch die Schaffung einer zunächst mit einem Minimum an Sonderaufgaben ausgestatteten Europäischen Rüstungsagentur einer offensichtlichen Notwen-

digkeit Rechnung getragen wird, angesichts der derzeitigen Zersplitterung des Rüstungssektors in Europa, der zahlreichen für verschiedene Kooperationsprogramme zuständigen Gremien und der Notwendigkeit, verminderte Mittel optimal zu nutzen, den Handel zu verstärken, die Zusammenarbeit in der Forschung zu verbessern und erweitern und die Bemühungen um Ausarbeitung von Harmonisierungs- und Standardisierungsgrundsätzen einschließlich insbesondere ihrer politischen, verwaltungspolitischen und rechtlichen Aspekte weiter fortzusetzen;

- x. unter Hinweis darauf, daß die zunehmende multinationale Zusammensetzung der Streitkräfte in Europa eine Interoperabilität der militärischen Einheiten voraussetzt, die in Verbindung mit einem entschlossenen Vorgehen zur Verwirklichung der Rüstungskooperation herbeigeführt werden muß;
- xi. mit Genugtuung über den Beschluß der deutschen und der französischen Behörden, eine gemeinsame Rüstungsagentur zu gründen;
- xii. in Anbetracht der Bedeutung einer Europäischen Rüstungsagentur für die Gewährleistung einer konkurrenzfähigen europäischen Präsenz auf dem Rüstungsmarkt;
- xiii. mit Bedauern darüber, daß die Kirchberg-Erklärung in keiner Weise die Frage der Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur aufgreift,

empfiehlt dem Rat,

- 1. eine Studie über die Harmonisierung der politischen und verwaltungspolitischen Strukturen der für die Rüstung in den WEU-Mitgliedstaaten zuständigen Gremien anfertigen zu lassen;
- 2. die in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Rüstungsexportvorschriften zu dokumentieren, seine Vorgehensweise zu deren Vereinheitlichung sowie den Zeitraum mitzuteilen, in dem die Harmonisierung verwirklicht wird.
- 3. die parlamentarische Kontrolle sowohl der Beschaffung von Rüstungsgütern sowie deren Export entweder durch die nationalen Parlamente oder durch die Versammlung sicherzustellen und zu dokumentieren.
- 4. die für die Rüstungsindustrie der Mitgliedstaaten geltenden gesetzlichen Bestimmungen im Hinblick auf Steuern und Beschäftigung mit dem Ziel einer möglichen Harmonisierung zu untersuchen;
- 5. die Versammlung über die Ergebnisse des Berichts der Ad-hoc-Arbeitsgruppe über die der europäischen Rüstungsagentur übertragenen Aufgaben und ihre Rechtsgrundlagen zu informieren;
- 6. die Eingliederung des Rüstungssekretariats in das Generalsekretariat abzuschließen, um damit ein Zusammenwirken der Rüstungsaktivitäten der WEU und anderen Aktivitäten der Organisation zu fördern;
- 7. die finanziellen Mittel des Rüstungssekretariats aufzustocken, damit es die Arbeit der Studien- und

Arbeitsgruppen der WERG aktiver unterstützen kann;

- 8. unverzüglich eine Europäische Rüstungsagentur als nachgeordnetes Organ des Rates zu schaffen, die zunächst folgende Aufgaben erhält:

- a) Verwaltung der Kooperationsprogramme;
- b) Verwaltung des EUCLID-Programms;
- c) Verwaltung der gemeinsamen Forschungs- und Versuchseinrichtungen;
- d) Durchführung technologischer und operationeller Studien;
- e) Einrichtung eines Informations- und Datendienstes und eines die Innovationen im Verteidigungsbereich erfassenden Patentregisters;
- f) Forschung und Evaluierung des Weltrüstungsmarktes.

Die Agentur würde bei dieser Aufgabe von Industriegruppen wie der EDIG unterstützt werden, welche bereits weitreichende Erfahrungen in diesem Bereich besitzt.

Dienstag, 14. Juni 1994

Tagesordnungspunkt

Die WEU und die Weiterentwicklung der Europäischen Union

(Drucksache: 1417)

Berichterstatter:

Abg. Bruno Ferrari (Italien)

Heinz-Alfred Steiner (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorliegende Bericht unseres Kollegen Ferrari ist der Auftakt einer gut abgestimmten Reihe von Berichten, die wir in dieser Woche in unserer Versammlung zu beraten haben.

Dieser Bericht und auch die Berichte unserer Kolleginnen und Kollegen de Puig, Sir Johnston, Baarveld-Schlaman, Lord Finsberg und De Decker bilden im Verein ein Netz, dessen Maschen schon erkennbar, aber noch nicht gut genug ausgeprägt sind.

Ich glaube, daß es sinnvoll ist, diese erkennbaren Maschen zu verstärken. Sie müssen erheblich verstärkt werden, wenn die Westeuropäische Union den Stellenwert erhalten will, den wir ihr zubilligen und der von ihr erwartet wird.

Die Schwachstellen sind deutlich erkennbar; Schwachstellen, die besorgt machen und kritische Fragen auslösen, die auch vom Berichterstatter zu Recht gestellt werden.

Wir sollten nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren. Wir sollten nicht als Versammlung der Westeuropäischen Union auf die Europäische Union und auf das Europäische Parlament starren und sehen, was dort passiert, sondern wir sollten unsere uns zuge-

dachte Aufgabe wahrnehmen, unabhängig davon, wie schnell oder wie langsam die Westeuropäische Union an die Europäische Union herangeführt wird.

Es kommt darauf an, daß wir unsere Aufgabe, unser Engagement, unsere Aktivitäten zielgerichtet beibehalten oder noch verstärken. Wir wissen, daß es nach Maastricht darum geht, die Westeuropäische Union praktisch weiterzuentwickeln. Wir wissen, daß diese praktische Weiterentwicklung dringend notwendig ist.

Wir müssen weiterhin verstärkt darauf drängen, daß die gemeinsame Sicherheitspolitik für West- und Zentraleuropa nunmehr klar definiert wird, und zwar unabhängig davon — ich sagte das bereits —, wie schnell die Westeuropäische Union oder das Europäische Parlament gemeinsam diese Verantwortung übernehmen.

Zur Zeit sind die sicherheitspolitischen Kompetenzen noch bei den nationalen Parlamenten angesiedelt. Solange das der Fall ist, sind wir als Vertreter der nationalen Parlamente hier in dieser Versammlung aufgerufen, aus unserer Verpflichtung in den nationalen Parlamenten heraus hier unseren Beitrag zu leisten, daß es weitergeht und daß es schnell weitergeht.

Wir brauchen klare Perspektiven. Diese sind nur zu erreichen, wenn wir die Fälle definieren, in denen die Westeuropäische Union besonders gefordert ist. Wir müssen doch die klaren politischen Vorgaben liefern, mit denen beispielsweise die militärische Planungsstelle der Westeuropäischen Union zu arbeiten hat.

Ohne diese klaren politischen Vorgaben ist auch die Arbeit der militärischen Planungsstelle im Verbund mit der NATO nur Stückwerk. Zur Zeit sind jedenfalls die Fähigkeiten der Westeuropäischen Union, Krisen zu bewältigen, noch nicht besonders gut ausgeprägt.

Wir brauchen Bausteine, die klar erkennbar sind, mit denen man das aufbauen kann, was nötig ist, um wirklich auch Friedensgarantien oder zumindest Friedenshoffnungen, die wir alle haben, weiter ausbauen zu können. Das wird von uns erwartet. Diese Hoffnung in uns wird auch von den neuen Staaten in Mittel- und Osteuropa, die auf dem Weg zur Demokratie sind, getragen.

Ich hoffe, daß wir auf diesem gemeinsamen Weg nicht innehalten, sondern verstärkt darangehen, auch wenn es Schwierigkeiten bei der Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament und uns geben sollte, diese Aufgabe zügig zu bewältigen.

Vielen Dank.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist Zufall, daß ein zweiter deutscher Kollege unmittelbar nach dem ersten spricht, wobei beide aus unterschiedlichen politischen Lagern kommen. Aber ich möchte schon zu Beginn meiner Ausführungen klarstellen, daß vieles von dem, was der Kollege Steiner soeben gesagt hat, unseren gemeinsamen politischen Überzeugungen entspricht.

Der Kollege Rodriguez, der als erster in dieser Debatte sprach, charakterisierte den Bericht des Kollegen Ferrari mit dem schmückenden Beiwort „melancholisch“. Ich möchte diese Melancholie etwas verbreitern.

Melancholisch ist die Zustandsbeschreibung, die wir heute von Europa geben. Wir hatten ja vor wenigen Tagen europäische Wahlen. Wenn man die Wahlbeteiligung in den einzelnen Ländern und die Ergebnisse sieht, muß man die europäische Politik mit Melancholie betrachten. Denn es wird deutlich, daß die ursprünglich vorhandene große Begeisterung abgeflacht ist und daß neue Probleme gerade dadurch entstanden sind, daß man versuchte, mit dem Vertrag von Maastricht einen Schritt weiter zu gehen, aber nicht den Mut hatte, in diesem Vertrag klare Formulierungen zu verwenden. Die großen Schwierigkeiten auch im Verhältnis zwischen WEU und EU bestehen beispielsweise darin, daß im Maastricht-Vertrag im Artikel J 4 bewußt Unklarheiten enthalten sind, die Interpretationen in die verschiedensten Richtungen ermöglichen. Gerade diese Gefahr der Fehlinterpretation wird dazu beitragen, daß wir nicht Klarheit, sondern eher neue Schwierigkeiten bekommen, wenn wir eine aktive WEU, integriert in eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, wollen. Sozusagen in Klammern füge ich ein Beispiel an.

Wir haben gestern in dieser Versammlung eine begeisterte Rede eines österreichischen Beobachters erlebt. Er hat geschildert, mit welchem politischem Enthusiasmus Österreich jetzt am europäischen Prozeß teilnehmen wird, sich der EU anschließen wird, Beobachter in der WEU sein wird. Da mein Wahlkreis an der Grenze zu Österreich liegt, war ich in der Woche vor der Abstimmung öfters in Österreich. Dabei habe ich genau gehört, daß in der Abstimmungskampagne für den Beitritt zur EU immer wieder betont wurde: Aber an der Neutralität ändert sich überhaupt nichts, und von wegen WEU usw. soll man sich keine Illusionen machen. Schon dieses Beispiel zeigt, was für Probleme die EU mit ihren neuen Mitgliedstaaten und deren Verhältnis zur WEU bekommen wird.

Dazu kommt rein kontraproduktiv der Anspruch des Europäischen Parlaments, künftig sozusagen der Wortführer in diesen Fragen zu sein und die WEU-Versammlung im Europäischen Parlament aufgehen zu lassen. Daraus ergäbe sich ein Europäisches Parlament, wie es bisher schon bestanden hat, das zwar eine Fülle von Entschlüssen faßt — von der gleichgeschlechtlichen Ehe bis zum Einsatz gegen die Indianer in Brasilien —, aber über eine wirkliche Macht nicht verfügt, weil es nicht die Rechte eines echten Parlaments hat, wie wir das von den nationalen Parlamenten her kennen.

Deswegen meine ich — dabei unterstreiche ich das, was der Kollege Steiner gesagt hat —, daß die Zusammensetzung der WEU-Versammlung aus Repräsentanten der nationalen Parlamente auf jeden Fall sinnvoller ist, als etwas an ein sogenanntes Parlament zu überweisen, das in Wirklichkeit kein Parlament ist. Die Schwierigkeiten, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben, liegen nach wie vor darin, daß man, weil man innerhalb der EU nicht zu einer einheitlichen Meinung kommt, bei Verträgen bewußt Formulierun-

gen wählt, die vieles offen lassen. Solche Formulierungen tragen nicht zu dem bei, was wir wollen: eine Stärkung der WEU, eine Übernahme von Verantwortung durch diese WEU in einer geänderten Politik in Europa nach dem Ende der kommunistischen Vorherrschaft in Osteuropa. Alles bleibt vage. Es kommen keine klaren Entschlüsse zustande. Damit kann man sich noch über ein paar Jahre retten. Aber auf die Dauer ist das keine Lösung des Problems.

Deshalb kann es — damit schließe ich — nur eine Konsequenz geben. Wenn dieses Europa noch eine Chance zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik haben will, dann muß man den Mut haben, bei der Konferenz 1996 endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Man kann sich nicht auf die Dauer dadurch retten, daß man schwammige Formulierungen in der Hoffnung verwendet, daß ihnen alle zustimmen können. Auch beim Fußball gibt es bestimmte Regeln und kann man letztlich nur dann gewinnen, wenn man ein Tor schießt. Wenn man sich einigt, daß keine Tore geschossen werden dürfen, kann kein Fußballmatch stattfinden. Und wenn man in der Politik meint, so formulieren müssen, daß alle dafür sein können, auch wenn die Ansichten dazu extrem sind, dann kann man sich durchschwindeln, aber nicht auf die Dauer wirkliche Politik machen. Deswegen die Mahnung: 1996 ist die letzte Chance, endlich Nägel mit Köpfen zu machen.

Robert Antretter (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Steiner und Herr Müller, auf so unterschiedlichen Plätzen in ihren nationalen Parlamenten sie sitzen, haben weitgehende Übereinstimmung in der Bewertung der europäischen Sicherheitspolitik erkennen lassen. Ich möchte mich dem in vollem Umfang anschließen und erspare mir deshalb den Teil der Redezeit, die ich dafür in Anspruch nehmen dürfte.

Erlauben Sie mir aber, in diesem Zusammenhang auf ein Element in unserer europäischen Zusammenarbeit hinzuweisen, von dem ich meine, daß es positiver gesehen werden muß, als es den Politikern und der Diplomatie zumal bisher darzustellen gelungen ist. Es ist die Notwendigkeit von Konsens, von Kompromissen und der Verflechtung des europäischen Gebäudes. Europa wird gern als Haus bezeichnet. Aber wir machen einen Fehler, wenn wir uns dieses Europa als ein Haus vorstellen, das mit einem Fundament beginnt und mit dem obersten Geschoß und dem Dach sein Ende findet. Europa ist kein Haus, das von Maurern und Architekten gemacht wird, sondern Europa muß auf viele individuelle Interessen, Individualitäten und unterschiedliche Kulturen Rücksicht nehmen.

Ich frage: War es eigentlich bisher ein Fehlweg, oder ist, alles in allem, der Weg dieses Europas erfolgreich gewesen? Es begann Ende der vierziger Jahre mit Euratom, also mit der Verflechtung von Kohle und Stahl, und dem festen Willen vor allem der Franzosen und der Deutschen damals, die beiden Rohstoffe international zu kontrollieren, die die Möglichkeit geschaffen haben, daß schreckliche Kriege entstanden. Dann kam 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Verflechtung der Wirtschaft in den europäischen Staaten. Weiter ging es mit der Einheit-

lichen Europäischen Akte Ende der achtziger Jahre, die noch mehr Integration geschaffen hat. Und jedes Mal entstand mehr Wohlstand, und der Frieden wurde auf unserem Kontinent sicherer. Mit Maastricht kam die Europäische Union, die noch mehr Sicherheit und Frieden und auch Wohlstand in allen Ländern der Europäischen Union — wie es seit Maastricht heißt — bringen wird.

In diesem Zusammenhang sagen manche, im untergegangenen Jugoslawien habe Europa schrecklich versagt. Die meisten von uns waren in Finnland bei der Mini-Session des Europarates, als es vor drei Jahren begann. Uns allen, die wir hier sitzen, hat der Atem gestockt. Aber tun wir nicht gut daran, gleichzeitig darüber nachzudenken, was die Alternative gewesen wäre? Was wäre denn das klassische Modell des Verhängnisses gewesen, wenn die europäischen Staaten sich anders verhalten hätten? Dafür haben wir doch Muster in diesem Jahrhundert. Großbritannien und Frankreich hätten sich an die Seite Serbiens begeben, und Deutschland und Italien wären Schulter an Schulter mit Kroatien und Slowenien gegangen. Nur die Notwendigkeit zur Abstimmung, zur Kooperation und zur Konsultation hat es möglich gemacht, daß, so schrecklich die Barbarei ist, letztlich vieles eingedämmt werden konnte und daß nicht ein Funke übergesprungen ist, sondern daß dieses Europa ein Gebäude der Sicherheit geblieben ist.

In diesem Zusammenhang ist auch der Auftrag der WEU zu sehen, in der Verflechtung mit der Europäischen Union den Frieden noch sicherer zu machen, indem es bald auch in Europa eine einheitliche Außenpolitik und Instrumente der Sicherheitspolitik geben wird. Daß die Westeuropäische Union dabei Mut braucht, ist klar. Aber daß es ohne sie schwerer werden wird, den Weg erfolgreich zu gehen, ist den Kundigen ebenfalls bekannt.

Vielen Dank, Herr Präsident!

Empfehlung 558

betr. die WEU und die Weiterentwicklung der Europäischen Union — Antwort auf den 39. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung,

- i. unter Hinweis darauf, daß die Versammlung der WEU, die nach den Bestimmungen des am 11. Mai 1955 in Paris unterzeichneten Übereinkommens über die Rechtsstellung der WEU ein Teil der Organisation der Westeuropäischen Union ist, auch integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union ist, wie in Artikel J. 4 Absatz 2 des Vertrages über die Europäische Union vorgesehen;
- ii. unter Hervorhebung der gemäß Artikel IX des Geänderten Brüsseler Vertrages bestehenden Verpflichtung des Rates, die Versammlung über Entwicklungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und anderen Bereichen der Union in bezug auf alle Fragen, die gemäß des Geänderten Brüsseler Vertrags in den

- Zuständigkeitsbereich der WEU fallen, besser als bisher zu informieren;
- iii. unter Mißbilligung der Verzögerung, mit der der Rat die Anlage IV über die Beziehungen zwischen der Union und der WEU zum Kapitel IV des Dokuments über die Durchführung des Vertrags von Maastricht übermittelt hat;
 - iv. ebenfalls mit Bedauern über den geringen Informationsgehalt des 39. Jahresberichts des Rates an die Versammlung über die neuen Arbeitsbeziehungen zwischen der WEU und der Union;
 - v. in Anbetracht dessen, daß der Wortlaut von Artikel J. 4 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union Zweifel über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der WEU und der Union aufkommen läßt;
 - vi. ferner in Anbetracht dessen, daß die in Anlage IV über die Beziehungen zwischen der Union und der WEU enthaltenen bisher beschlossenen „praktischen Vorkehrungen“ den Handlungsspielraum der WEU in einem Maße einschränken, welches mit den sich aus dem Geänderten Brüsseler Vertrag ergebenden weitreichenden Verpflichtungen der WEU nicht vereinbar ist;
 - vii. mit Bedauern über die Tatsache, daß diese Vorkehrungen und der mangelnde politische Wille zu den vielen Faktoren gehören, die dazu beigetragen haben, daß die WEU bei der internationalen Krisenbewältigung, vor allem im Jugoslawienkonflikt, nur eine Nebenrolle spielt;
 - viii. unter Betonung der bedeutenden Rolle, die die WEU im Auftrag der Union bei der Aufrechterhaltung transatlantischer Solidarität und Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten zu erfüllen hat;
 - ix. mit Genugtuung über den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über den Beitritt Österreichs, Finnlands, Norwegens und Schwedens zur Europäischen Union;
 - x. ebenfalls mit Genugtuung über die nachdrückliche Verpflichtung aller beitretenden Staaten, mit ihrem Beitritt vollständig und ohne Einschränkungen die Bestimmungen von Titel V des Vertrags von Maastricht über die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik anzuerkennen;
 - xi. in der Hoffnung, daß die Volksbefragungen in Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden einen positiven Ausgang finden;
 - xii. unter Hinweis auf den bedeutenden Beitrag und die Erfahrungen der vier EFTA-Länder bei friedenserhaltenen Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen;
 - xiii. davon überzeugt, daß die Festlegung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik jetzt in Angriff genommen werden sollte, obwohl noch nicht alle Mitglieder der Europäischen Union Vollmitglieder der WEU sind und daher mit Genugtuung über den Beschluß des Rates, den Ständigen Rat der WEU zu beauftragen, bereits jetzt mit der Ausarbeitung einer solchen Politik zu beginnen;
 - xiv. feststellend, daß die zum Beitritt zur Europäischen Union aufgeforderten Länder keine Mitgliedschaft in der WEU beantragt haben, mit Ausnahme Norwegens, das eine volle Mitgliedschaft in der WEU anstrebt, sobald es Mitglied der Europäischen Union geworden ist;
 - xv. mit Genugtuung darüber, daß die Kirchberg-Erklärung des Rates vom 9. Mai 1994 den wichtigen Beitrag anerkennt, den die drei assoziierten Mitglieder der WEU zur Sicherheit und Stabilität in Europa leisten;
 - xvi. jedoch davon überzeugt, daß der Wunsch des Rates, die Beziehungen zwischen diesen drei Staaten und der WEU und die Stellung der WEU als Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als Europäischer Pfeiler des Atlantischen Bündnisses zu stärken, leichter verwirklicht werden könnte, wenn der Rat diese Länder aufforderte, dem Geänderten Brüsseler Vertrag beizutreten;
 - xvii. unter Hinweis darauf, daß auf dem NATO-Gipfeltreffen am 10. Januar 1994 dem Beitritt der Mitgliedstaaten des WEU-Konsultationsforums zum Nordatlantikvertrag nicht zugestimmt wurde;
 - xviii. daher mit Genugtuung darüber, daß der Rat mit seiner Kirchberg-Erklärung Absatz 1 der Empfehlung 556 folgt, indem er allen Mitgliedstaaten des Konsultationsforums gleichzeitig den Status der assoziierten Mitgliedschaft bei der WEU überträgt;
 - xix. in dem eindringlichem Wunsch nach schrittweiser Integration aller west- und mitteleuropäischen Staaten in ein System der Zusammenarbeit, welches Sicherheit, Stabilität und Frieden für ganz Europa gewährleistet;
 - xx. in der Hoffnung, daß die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden können, damit andere Staaten, wie z. B. Slowenien und Moldau, in Zukunft den neuen assoziierten Status erhalten können, ausgehend von den gleichen historischen, geographischen und politischen Erwägungen, die die Übertragung dieses Status auf die Länder des Konsultationsforums ermöglichen;
 - xxi. in Anbetracht dessen, daß die Übertragung von in den Zuständigkeitsbereich der WEU fallenden Angelegenheiten an andere internationale Institutionen oder Länder, die keine Mitglieder der NATO oder der WEU sind, Initiativen mit dem Ziel gemeinsamer Maßnahmen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich lähmen könnten;
 - xxii. unter Hinweis darauf, daß es wichtig ist, daß bei jedem zukünftigen parlamentarischen System, das eine gemeinsame Außen- und Sicherheits-

politik überwachen soll, weiterhin die Möglichkeit besteht, Delegationen aus den Parlamenten der Mitgliedsländer in einer Versammlung zusammenzubringen, die den Willen der Völker Europas in diesem speziellen Bereich vertritt;

empfiehlt dem Rat,

1. die entsprechend der Erklärung I D8 im Anhang zum Vertrag von Maastricht für das Jahr 1996 geplante intergouvernementale Konferenz sorgfältig vorzubereiten;
2. die Versammlung bei der Vorbereitung der Konferenz im Jahr 1996 umfassend an den Überlegungen des Rates zu beteiligen;
3. den Geänderten Brüsseler Vertrag beizubehalten, damit alle Mitglieder der Europäischen Union seinen Bestimmungen beitreten können;
4. gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Europäischen Union eine Klärung der Unklarheiten in Artikel J.4 des Vertrags von Maastricht anzustreben mit dem Ziel, ein generelles Mandat zu erhalten, um im Zuständigkeitsbereich der WEU Beschlüsse und Maßnahmen im Auftrag der Union auszuarbeiten und durchzuführen;
5. die dem Vertrag von Maastricht beigefügte Erklärung II der WEU im Hinblick darauf zu überprüfen, daß den europäischen Mitgliedern der NATO, die keine Mitglieder der Europäischen Union sind, das Recht zugestanden wird, dem Geänderten Brüsseler Vertrag beizutreten;
6. alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die ihr beitretenden Länder zu ermutigen, Vollmitglieder der WEU zu werden;
7. die Möglichkeit zu prüfen, ein WEU-Ausbildungszentrum für friedenserhaltende Maßnahmen auf der Grundlage von diesbezüglichen Erfahrungen der nordischen Länder und insbesondere Finnlands einzurichten;
8. den Informationsfluß an die Versammlung über Entwicklungen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und den im Rahmen der Union erfolgten Aktivitäten des Rates zu verbessern.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des britischen Außenministers, Douglas Hurd

(Themen: Beitrag Europas zur Verteidigung — Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern und die Partnerschaft für den Frieden — Verhältnis zu Rußland — Assoziierte Partnerschaft der WEU — NATO-Gipfel und Konsequenzen für die europäische Verteidigungsidentität)

Robert Antretter (SPD): Herr Minister! Durch die Entschlossenheit der NATO konnte der Vormarsch der serbischen Verbände in die von der UNO deklarierten Schutzzonen gestoppt werden. Aber es bleibt immer noch unklar, wie die Befehls- und Kommandokette zwischen der UNO und der NATO definiert

werden kann und welche Rolle dabei etwa eine europäische Organisation übernehmen kann.

Ich wollte Sie fragen, wie Sie und Ihre Regierung dieses Problem vor allem im Hinblick auf die Rolle einer europäischen Organisation einschätzen?

Vielen Dank.

Minister Hurd antwortete, die Lage in Bosnien habe nicht vorausgeplant werden können. Die internationalen Anstrengungen stünden zu Lande unter der Herrschaft der VN, zu Wasser und in der Luft unter NATO- oder WEU-Kommando. Üblicherweise würden solche Aktionen von einer Nation geleitet. Kürzlich festgestellte Probleme, die sich aus dieser unterschiedlichen Kommandostruktur ergäben, seien hoffentlich gelöst. Im Hinblick darauf, daß militärische Maßnahmen Folgen für die Soldaten zu Lande haben können, bezeichnete Hurd die gleichzeitige Zustimmung des VN-Kommandeurs und der NATO („dual key“) als unerlässlich.

Torsten Wolfram (F.D.P.): Herr Außenminister! Ihr ehemaliger amerikanischer Kollege Kissinger hat heute ein Interview gegeben. Er hat darin gesagt, Rußland würde nach seiner Meinung nach einer Phase des Chaos die alte zaristische Außenpolitik wieder aufnehmen und versuchen, seine Hegemonie wieder auszudehnen und damit Druck auf Westeuropa ausüben.

Anschließend hat er gesagt, seiner Meinung nach bedarf es — das haben Sie auch schon in Ihrer Rede ausgeführt — der Kooperation, aber auch der besonderen Wachsamkeit. Meine Frage geht dahin, Herr Außenminister: Wie grenzen Sie nach Ihrer Vorstellung die Kooperation zur Wachsamkeit ab?

Minister Hurd antwortete, er stimme Henry Kissinger darin zu, daß die russische Politik in fernerer Zukunft nicht vorhersehbar sei. Zur Zeit sei die russische Haltung teilweise beunruhigend, wie im Hinblick auf den Abzug der Truppen aus dem Baltikum. Andererseits habe sich Rußland in Bezug auf den Balkan-Konflikt sehr positiv verhalten. Die Regel der „No vetos, no surprises“ sei der momentanen Situation angemessen, Wachsamkeit sei aber weiterhin geboten.

Tagesordnungspunkt

Europäische Sicherheit: Krisenverhütung und Krisenbewältigung

(Drucksache: 1418)

Berichtersteller:

Abg. Lluís Maria de Puig (Spanien)

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, nichts macht die veränderte Situation deutlicher als die Tatsache, daß unsere Debatte unterbrochen wurde, um einen Vortrag des polnischen Außenministers zu hören. Das wäre in früheren Jahren bei der Versammlung der Westeuropäischen Union sicher nicht möglich gewesen.

Wir sehen, wie sehr sich das Umfeld auch geopolitisch verändert hat. Ob es damit weniger kompliziert geworden ist, bezweifle ich; denn Tatsache ist, daß „die schönen alten Tage“ — wenn ich es so formulieren darf —, in denen es klar Freund und Feind gab, vorbei sind, seit die Mauer und der Eiserne Vorhang gefallen sind. Tatsache ist, daß neue Elemente der Bedrohung in der Zukunft sicher eine Rolle werden spielen können.

Wir wissen, wie unsicher die politische Lage in einigen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion ist. Wir wissen, daß es einen intensiven Handel mit gefährlichen Gütern gibt. Dazu gehören als Folge dieser Auflösungserscheinungen Berge von Plutonium, die zur Waffenherstellung dienen.

Deswegen ist es für uns als WEU von ganz großer Bedeutung, rechtzeitig Informationen zu erhalten, gut mit den GUS-Staaten und den anderen Staaten an unserer östlichen Flanke — wenn Sie so wollen — zusammenzuarbeiten, um rechtzeitig zu wissen, was vorgeht, um Konflikte zu vermeiden oder Funken rechtzeitig austreten zu können, damit uns nicht Ähnliches erwartet, wie wir es auf dem Balkan, im ehemaligen Jugoslawien, erlebt haben.

Der Kollege de Puig hat ein paar Krisengebiete erwähnt. Es gibt keinen Zweifel, daß dazu sicher der südliche Bereich der ehemaligen Sowjetunion und die angrenzenden Staaten gehören. Das geht bis in den Nahen Osten. Aber wie schnell neue Konflikte ausbrechen, haben wir im Jemen gesehen.

Ich möchte hinzufügen, daß selbst in den Mitgliedstaaten der NATO Konflikte entstehen können. So erinnere ich daran, was es an Äußerungen von türkischer und griechischer Seite gerade in den letzten Wochen zur Frage einer eventuellen Ausdehnung der Hoheitsgewässer um die ägäischen Inseln gegeben hat. Man hat ja schon das Kriegsgeschrei zumindest in den Boulevard-Blättern nachlesen können.

Unsere Situation ist nicht einfacher, sie ist komplizierter geworden. Wir dürfen auch nicht mit einem gewissen Hochmut auf andere herabsehen, die nicht bereit sind, Gemeinschaftsmaßnahmen zu ergreifen. Ich möchte dem Kollegen de Puig in einem Punkt widersprechen.

Er hat die Schweizer erwähnt, die in einer Volksabstimmung nicht bereit waren, Blauhelm-Einsätze zu ermöglichen. Damit hat er recht. Aber ich lese in seinem Bericht, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union mit einer großen Mehrheit nicht bereit waren, Truppen zur Verfügung zu stellen, um in befriedeten Zonen, in den sogenannten sicheren Zonen, im ehemaligen Jugoslawien den Frieden zu sichern.

Da ist kein so großer Unterschied zwischen den Schweizern und den Mitgliedstaaten der WEU. Auf der einen Seite war es die Bevölkerung, auf der anderen Seite waren es die Regierungen. Beide haben sich als nicht sehr tapfer erwiesen, wenn ich das einmal so formulieren darf.

Lassen Sie mich noch zwei Aspekte erwähnen. Der Kollege de Puig führte auf, wie wichtig es auch sei, die finanziellen Beiträge zur Beseitigung von Massenvernichtungswaffen in einigen dieser Länder bereitzustellen bzw. zu erhöhen.

Ich möchte hier sogar etwas weitergehen und sagen, daß das selbst für die konventionellen Waffen von Bedeutung ist. Ich hatte vor ein paar Monaten Gelegenheit, an einer KSE-Inspektion in Weißrußland teilzunehmen. Ich habe dort erfahren, daß dieses Land, das eine Vielzahl von Panzern und Kettenfahrzeugen zu vernichten hat, finanziell dazu nicht mehr in der Lage ist; denn allein der Energieaufwand für die Vernichtung eines Panzers umfaßt einen Betrag von 1 500 bis 2 000 Dollar, den dieses Land in Devisen aufbringen muß, weil es nicht über eigene Energievorräte verfügt, sondern sie importieren muß.

Sie sind nicht mehr in der Lage, den Abrüstungsprozeß fortzuführen. Es gibt auch politische Schwierigkeiten, weil eine Bevölkerung, die hungert, in der ein Rentner ein Monatseinkommen von umgerechnet 10 Dollar hat, nicht verstehen kann, daß so viele Dollar aufgewendet werden, um schöne Panzerfahrzeuge zu zerstören. Man muß hier also durchaus Gefahrenmomente psychologischer Art, die dabei eine Rolle spielen könnten, sehen und zur Kenntnis nehmen.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Konfliktgebiet noch etwas sagen, das der Kollege de Puig erwähnt hat, nämlich zur nordafrikanischen Randzone des Mittelmeerraums. Er nannte konkret Ägypten und die Maghreb-Staaten. Ich glaube, es gibt keine Zweifel, daß wir die Entwicklungen im Süden sehr aufmerksam verfolgen müssen und daß wir alles tun sollten, um gute Beziehungen zu den Regierungen dieser Staaten zu haben. Auf Grund des religiösen Fundamentalismus stehen wir vor Entscheidungen, die letztendlich für uns eine Rolle spielen und auf das Gebiet der Westeuropäischen Union Auswirkungen haben könnten.

Ich möchte noch ein letztes Gebiet erwähnen. Ist die Westeuropäische Union überhaupt militärisch und von der Logistik her in der Lage, wenn die Instrumente zur Konfliktvermeidung bzw. zum frühzeitigen Eingreifen versagen, eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern und eventuelle Aufgaben zu erfüllen? Hier habe ich gewisse Zweifel.

Wir wissen alle, wie das mit den schnellen Einsatztruppen und den Transportkapazitäten bestellt ist. Ich glaube, hier ist eigentlich die Herausforderung vorhanden, mehr zur Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor zu leisten.

Bei der kürzlichen Begegnung zwischen dem Präsidenten der Französischen Republik und dem deutschen Bundeskanzler wurde die Vereinbarung getroffen, ein gemeinsames Transportflugzeug zu entwickeln, das gerade für diese Aufgaben von großer Notwendigkeit ist.

Die Einladung, die dort ausgesprochen wurde, daß sich andere Länder daran beteiligen sollten, möchte ich gerade auf die WEU-Länder ausdehnen, weil ich

der Meinung bin, hier wäre eine echte Chance, gemeinsam etwas zu erreichen, was uns allen vielleicht eines Tages gemeinsam nutzen kann.

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Präsident! Wir sind in einer Situation, in der wir neue Krisenmuster lernen müssen. Wir tun uns deswegen so schwer, weil wir sehr genau ältere Krisenmuster in Erinnerung haben, die zwischen Ost und West abgelaufen sind. Wir hatten in der Regel ein großes Zeitbudget und ein bestimmtes Ritual — ich denke an Berlin und Kuba —. Es gab eine gewisse Planung, die zunächst geheim war, dann aber offenkundig wurde. Dann gab es die Wahrnehmung dieser Planung durch die Gegenseite und den Protest der Gegenseite. Die Planung wurde fortgeführt. Es gab Drohungen der Gegenseite. Es gab Ultimaten. Es gab, teilweise begleitend, Verhandlungen, und es gab eine Konferenzkultur. Die Ultimaten liefen ab oder wurden verlängert. Es gab weitere Verhandlungen. Schließlich gab es eine Verhandlungslösung unter Gesichtswahrung.

In den letzten Jahren wurden wir durch Konflikte und Krisen überrascht, deren Muster jedenfalls so nicht erkennbar waren und die ein viel geringeres Zeitbudget zur Verfügung hatten. Dafür müssen wir notwendige Instrumente entwickeln. Den Zeitraum, dessen Beginn und Ende im Englischen mit *early warning* und *early action* bezeichnet wird, müssen wir entscheidend verkürzen.

Hierzu ist es wichtig, daß wir das nutzen, was institutionell nicht nur in der WEU, sondern auch in der KSZE und auch im Europarat an Frühwarnungssystemen allgemeiner Art vorhanden ist. Das beginnt schon bei der Wahlbeobachtung. Es beginnt bei der Vorbereitung von Wahlbeobachtern durch Wissenschaftler und Fachleute, die die Innenpolitik bestimmter Länder kennen und die Wahlbeobachter entsprechend vorbereiten, damit sie Strategien der Wahlfälschung zumindest teilweise durchschauen können. Schon dies ist ein entscheidendes Mittel zur Krisenvermeidung. Dazu braucht man für die Beobachter eine Ausbildung, die sich nicht auf das Militärische beschränkt, sondern sie auch befähigt, gerade die subtilen Methoden zur Unterdrückung von Minderheiten bis ins Ökonomische, aber auch ins Religiöse und Ethnische leichter zu durchschauen. Auch hier ist es wichtig, Erkenntnisse auch außerhalb der WEU, der NATO und der KSZE und dessen, was die Vereinten Nationen bereitstellen, zu nützen. Erst wenn wir dieses Spektrum erreicht haben, ist besser gewährleistet, daß die Regierungen frühzeitiger auf solche Krisen aufmerksam gemacht werden, die sich zu offenen Konflikten ausbilden können.

Deswegen ist es wichtig, die Zusammenarbeit innerhalb der Institutionen zu fördern. Unsere Versammlung, die ja weithin personenidentisch mit der Versammlung des Europarats und teilweise auch mit der Versammlung der KSZE ist, sollte aktiv an der Schaffung solcher Instrumente mitwirken.

Gerade für diese Arbeit ist der Bericht unseres Kollegen de Puig eine wertvolle Voraussetzung.

Schönen Dank.

Empfehlung 559

betr. die europäische Sicherheit: Krisenverhütung und Krisenbewältigung

Die Versammlung

- i. mit Bedauern über die Ohnmächtigkeit der europäischen Institutionen, den Ausbruch des blutigen Kriegs zwischen den verfeindeten Parteien im ehemaligen Jugoslawien zu verhindern und über die Unfähigkeit, gemeinsame Mittel und Wege zur Beendigung dieses Kriegs zu finden;
- ii. besorgt darüber, daß sich der Rat nicht zur Fortdauer des Bürgerkriegs im Jemen und den schrecklichen Massakern in Ruanda äußert;
- iii. besorgt über die Nuklearpolitik Nordkoreas und seine bedrohliche Haltung gegenüber Südkorea;
- iv. unter Betonung der dringenden Notwendigkeit der Anwendung operationeller zwischen den Vereinten Nationen, der KSZE, der NATO, der Europäischen Union und der WEU abgestimmter Mechanismen zur Krisenverhütung und Bewältigung zukünftiger Krisen, die eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit darstellen;
- v. unter Hervorhebung, daß jegliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Friedens in jeder Region, wo der Frieden gefährdet ist, von den Vereinten Nationen genehmigt werden müssen;
- vi. ebenfalls betonend, daß es wichtig ist, daß man sich auf die Krisenverhütungsmechanismen der KSZE stützt;
- vii. mit Genugtuung über Absatz 1 der Antwort des Rates auf die Empfehlung 549 und Absatz 6 seiner Antwort auf die Empfehlung 548, in der die Notwendigkeit anerkannt wird, eine gemeinsame Einschätzung der Risiken und Bedrohungen auszuarbeiten;
- viii. jedoch unter Hinweis darauf, daß die Versammlung dem Rat gegenüber keine „Vorschläge“ macht, sondern Empfehlungen vorlegt, die offiziell verabschiedet wurden;
- ix. mit Interesse Kenntnis nehmend von der Arbeit des Rates in bezug auf:
 - die Rolle der WEU bei der Friedenserhaltung,
 - die Raketenabwehr,
 - eine Politik für den Bereich des Nachrichtendienstes,
 - Missionen der Streitkräfte der WEU bei humanitärer Hilfe, Friedenserhaltung und Friedenswiederherstellung,
 - die Politik der WEU bei Übungen,
 - die Durchführung des Vertrags über den „Offenen Himmel“,

- Fortschritte bei der Durchführbarkeitsstudie für ein weltraumgestütztes Beobachtungssystem der WEU,
 - die Zusammenarbeit innerhalb der WEU in der Luft und auf See;
 - x. in dem nachdrücklichen Wunsch, daß diese Studien rasch zu Maßnahmen führen, die die WEU bei der Krisenverhütung und -bewältigung wirklich einsatzfähig werden lassen;
 - xi. trotzdem beunruhigt über dahingehende Informationen des Rates, daß die Mehrzahl der Mitgliedstaaten der WEU negativ auf die Anforderung reagiert hat, Truppen zum Schutz der Sicherheitszonen im ehemaligen Jugoslawien zur Verfügung zu stellen;
 - xii. daher unter Hinweis auf die weitreichenden Verpflichtungen, die alle Mitgliedstaaten nach dem Geänderten Brüsseler Vertrag im Hinblick auf die Erhaltung von Frieden und Sicherheit übernommen haben;
 - xiii. in der Auffassung, daß eine uneingeschränkt einsatzbereite WEU künftig in der Lage sein wird, den Ausbruch eines Konfliktes wie im ehemaligen Jugoslawien zu verhindern,
- empfiehlt dem Rat,
1. regelmäßig eine Einschätzung der Risiken und Bedrohungen in der Welt vorzunehmen, die den Frieden und die Sicherheit beeinträchtigen könnten und daraus die Konsequenzen für Europa zu ziehen;
 2. im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik tätig zu werden im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Krisenbewältigungs- und -verhütungspolitik unter Berücksichtigung der aus der Krise im ehemaligen Jugoslawien gezogenen Lehren;
 3. die Versammlung über die Ergebnisse der Arbeit der „sich gegenseitig verstärkenden Institutionen“, die von der Arbeitsgruppe „Sicherheit“ der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durchgeführt wird, sowie über den Beitrag des Rates zu dieser Studie zu informieren;
 4. eine aktive Rolle bei der Konferenz über den Stabilitätspakt in Europa zu übernehmen, indem er im Rahmen dieser Konferenz den assoziierten Partnern der WEU und zukünftig assoziierten Partnern seine guten Dienste anbietet und dabei insbesondere auf den Grundsatz der Unantastbarkeit der derzeitigen Grenzen hinweist;
 5. einen ständigen Dialog mit Rußland und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) über Krisenbewältigung und -verhinderung einzurichten;
 6. auf dauerhafter Grundlage einen Dialog mit den Mittelmeerstaaten, die nicht der WEU angehören, aufrechtzuerhalten;
 7. die Ausarbeitung der in Absatz 4 und 9 der Empfehlung 556 erwähnten Maßnahmen abzuschließen, die erforderlich sind, damit die WEU uneingeschränkt einsatzbereit wird im Rahmen der Krisenbewältigung und in bezug auf:
 - das weltraumgestützte Beobachtungssystem,
 - strategische Transportmittel,
 - das Eurokorps und die europäischen Luft- und Seestreitkräfte und andere der WEU zugeordnete Streitkräfte, damit europäische Krisenreaktionsverbände geschaffen werden können,
 - die Rüstungsk Kooperation,
 - die Zusammenarbeit zwischen den Generalstabschefs, den militärischen Vertretern, der Planungsstelle und dem Generalsekretariat der WEU;
 8. mit der NATO die zur Verfügung stehenden Mittel und die Verteilung der Zuständigkeiten bei der Krisenbewältigung, insbesondere im Bereich der Friedenswiederherstellung, zu koordinieren;
 9. eine direkte Koordination mit den Vereinten Nationen und der KSZE einzurichten mit dem Ziel einer ständigen Vertretung bei diesen beiden Organisationen;
 10. die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß im Falle einer gegebenen Krise die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen zur Herbeiführung des notwendigen politischen Konsens verstärken;
 11. seinen Dialog mit den Maghreb-Staaten und mit Ägypten fortzusetzen und die Versammlung darüber zu informieren;
 12. einen Dialog mit dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) einzurichten;
 13. die Forderung der Vereinten Nationen nach einer unverzüglichen Einhaltung des Waffenstillstands im Jemen zu unterstützen;
 14. unverzüglich zu prüfen, welche Rolle die WEU dabei übernehmen könnte, dem Töten in Ruanda ein Ende zu setzen und in diesem Land wieder Ruhe und Frieden einkehren zu lassen;
 15. Konsultationen darüber abzuhalten, welche Folgen Nordkoreas Atompolitik für die Sicherheit Europas haben könnte und die Versammlung über seine Schlußfolgerungen zu unterrichten.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des polnischen Außenministers, Andrzej Olechowski

(Themen: Veränderungen in Polen — Beziehungen Polens zur Allianz und Partnerschaft für den Frieden — Beziehungen Polens zur WEU — Zusammenarbeit mit der WEU-Versammlung und den Parlamenten der WEU-Mitgliedsländer)

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Herr Minister, Sie haben ja schon vernommen, daß unsere Debatten sich um das Sicherheitsproblem auch in bezug auf die Staaten des Östlichen Zentraleuropas drehen. Würden Sie meiner Einschätzung zustimmen, daß viele westeuropäische Politiker, aber auch die öffentliche Meinung in Westeuropa noch nicht genügend wahrgenommen haben, daß mit der Aufnahme etwa Finnlands in die Europäische Union — hoffentlich am 1. Januar 1995 — Westeuropa eine unmittelbare Grenze mit der Russischen Föderation hat, was z. B. für die ganzen Staaten der Visegrad-Gruppe nicht gilt? Und würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß es in diesem Zeitraum der nächsten Jahre nicht um formelle Sicherheitsgarantien geht, sondern, wie Ihr früherer tschechischer Kollege Juri Dienstbier einmal gesagt hat, auch im sozialen und ökonomischen Bereich um ein Licht am Ende des Tunnels und um eine Integration in den Sicherheitsraum, der deutlich macht: Jede Gefährdung der Sicherheit im östlichen Mitteleuropa ist auch eine Gefährdung der Sicherheit Westeuropas.

Minister Olechowski bezeichnete es als vorteilhaft, wenn die Europäische Union eine Grenze mit Rußland bekomme. Rußland sei nicht grundlegend verschieden von anderen Ländern und er hoffe, daß diese Grenze keine Teilung oder Abgrenzung, sondern eine wichtige und freundschaftliche Grenze in Europa darstellen werde. Zur Frage der Sicherheitsgarantien führte Olechowski aus, nach den Erfahrungen der Vergangenheit bedeuteten diese nicht viel. Sicherheit könne nur erreicht werden durch die Teilnahme an einer Gemeinschaft von Nationen mit gemeinsamen Zielsetzungen und Projekten, weshalb man die Mitgliedschaft in der NATO anstrebe und in der Europäischen Union.

Tagesordnungspunkt

Parlamentarische Zusammenarbeit mit den Ländern des WEU-Konsultationsforums

(Drucksache: 1414)

Berichterstatter:

Abg. Sir Russell Johnston (Großbritannien)

Richtlinie 90

betr. die parlamentarische Zusammenarbeit mit den Ländern des WEU-Konsultationsforums

Die Versammlung

- i. unter Hinweis auf ihre Richtlinie 86, in der sie den Präsidialausschuß aufforderte:
 - a) Besuche von Ausschüssen der Versammlung in mitteleuropäischen Staaten zu ermutigen, insbesondere wenn von diesen Ausschüssen Berichte über diese Region ausgearbeitet werden;

- b) die Beteiligung der Versammlung an Symposien und an jeder Art von Treffen, an denen Parlamentarier teilnehmen und welche möglicherweise von jenen Staaten veranstaltet werden, zu fördern;
- c) Berichte und andere Veröffentlichungen der Versammlung an möglichst viele interessierte Personen und Institutionen in mitteleuropäischen Staaten zu senden;
- d) dafür Sorge zu tragen, daß Parlamente, Regierungen, Sonderinstitutionen und Vereinigungen in jenen Staaten der Versammlung jede Art von Unterlagen und Informationen zusenden, die sie für nützlich halten, um bessere Kenntnisse und größeres Verständnis für ihre Ansichten, Zielsetzungen und Entscheidungen herbeizuführen;

ii. unter Betonung, wie wichtig die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Beziehungen zu den Parlamenten des Konsultationsforums sind;

iii. im Bewußtsein der wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Länder, welche einer aktiveren Zusammenarbeit mit der Versammlung der WEU im Wege stehen;

iv. die Auffassung vertretend, daß eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der Versammlung der WEU und den mitteleuropäischen Ländern ein wichtiges Element des Integrationsprozesses dieser Länder in die Strukturen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen darstellt,

weist ihren Ausschuß für Haushalts- und Verwaltungsfragen an,

in den Haushalt der Versammlung für das Haushaltsjahr 1995 eine Rückstellung für die Einrichtung eines Unterstützungsfonds für die parlamentarische Zusammenarbeit mit den Ländern des WEU-Konsultationsforums aufzunehmen.

Empfehlung 560

Die Versammlung

- i. unter Hinweis auf ihre Empfehlungen 528, 547 und 548, in denen der Rat ersucht wird:
 - a) den Erwartungen der mitteleuropäischen Staaten durch Fortsetzung eines regelmäßigen und sachdienlichen Dialogs und durch rechtzeitige Erörterung anstehender Fragen zu entsprechen und die Teilnahme der mitteleuropäischen Staaten an geeigneten Seminaren zu veranlassen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, über Themen von gemeinsamem Interesse zu diskutieren;
 - b) sicherzustellen, daß die Konsultationen mit den mitteleuropäischen Staaten auf Ebene des Ministerrates und des Ständigen Rates der WEU/Botschafterebene und die vom Institut für

Sicherheitsfragen veranstalteten Treffen Hoher Beamter und die entsprechenden Seminare in den Jahresbericht der Versammlung mitaufgenommen werden;

- c) in den Hauptstädten der mitteleuropäischen Länder WEU-Informationszentren einzurichten;
- d) die Beziehungen der WEU zu den Ländern des WEU-Konsultationsforum auszubauen, indem man sich um eine stärkere Abstimmung mit den Aktivitäten der Europäischen Union in Mittel- und Osteuropa bemüht und die Tätigkeit des Konsultationsforums durch die Entwicklung eines strukturierten Arbeitsprogramms intensiviert, welches u. a. die gemeinsame Ausarbeitung einer Risikobewertung und Bedrohungsanalyse einschließt;
- ii. unter Betonung der Bedeutung von Frieden und Stabilität in Europa für die Festigung der demokratischen Strukturen und den Erfolg der Wirtschaftsreformen in den Ländern des WEU-Konsultationsforums;
- iii. mit Freude und Genugtuung über den Beschluß des Rates, die Konsultationspartner enger in die Arbeit der WEU einzubeziehen;
- iv. mit Genugtuung über die Unterzeichnung europäischer Übereinkommen mit der Europäischen Union durch mehrere Staaten, die Mitglieder des Konsultationsforums sind, und in dem Wunsche, daß alle Mitglieder des Konsultationsforums diesen Übereinkommen beitreten werden;
- v. unter Betonung, wie wichtig die Entwicklung von Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der Versammlung der WEU und den Parlamenten der Mitgliedstaaten des Konsultationsforums im Hinblick auf die Integration dieser Länder in die politischen Strukturen und Sicherheitsstrukturen Europas ist, was der Rat in seinen Erklärungen wiederholt bekräftigt hat,

empfiehlt dem Rat,

- 1. die Versammlung regelmäßig über die Aktivitäten des Konsultationsforums und über Beschlüsse, die auf Ministerebene und auf Ebene des Ständigen Rates und in der Gruppe der Berater auf Treffen des Forums gefaßt werden, zu informieren;
- 2. die Versammlung aufzufordern, regelmäßig an Symposien und Seminaren über Themen von gemeinsamen Interesse für die WEU und das Konsultationsforum, welche von der WEU oder vom Institut für Sicherheitsfragen veranstaltet werden, teilzunehmen;
- 3. sicherzustellen, daß die Versammlung in Übereinstimmung mit dem ausdrücklichen Wunsch des Rates über angemessene Mittel verfügt für den Ausbau der Beziehungen und der Zusammenarbeit mit den Staaten des Konsultationsforums.

Mittwoch, 15. Juni 1994

Tagesordnungspunkt

Die Planungszelle der WEU

(Drucksache 1421)

Berichterstatter:

Abg. Elisabeth Baarveld-Schlaman (Niederlande)

Empfehlung 561

betr. die Planungszelle der WEU

Die Versammlung

- i. in Anbetracht von Artikel J. 4 des Maastrichter Vertrags und des im Rahmen der Erklärung der Mitgliedstaaten der WEU vom 10. Dezember 1991 in Maastricht getroffenen Beschlusses, die WEU als die Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als Instrument zur Stärkung des Europäischen Pfeilers der Allianz zu entwickeln;
- ii. in Anbetracht der Petersberg-Erklärung vom 19. Juni 1992 über die Stärkung der operationellen Rolle der WEU durch die Schaffung einer Planungszelle, der eine Reihe von operationellen Aufgaben übertragen werden;
- iii. mit Genugtuung darüber, daß in der Kirchberg-Erklärung vom 9. Mai 1994 die Verteidigungsminister der WEU bekräftigt haben, welche Bedeutung sie der weiteren operationellen Entwicklung der WEU beimessen;
- iv. mit Genugtuung über die auf dem NATO-Gipfeltreffen in Brüssel am 10. und 11. Januar 1994 getroffenen Beschlüsse, die die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und die Stärkung des Europäischen Pfeilers der Allianz durch die WEU als der Verteidigungskomponente der Europäischen Union uneingeschränkt unterstützen;
- v. mit Genugtuung über den Beschluß des NATO-Gipfeltreffens, das Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) zu bekräftigen, das trennbare, jedoch nicht getrennte militärische Fähigkeiten vorsieht, die durch die NATO oder die WEU genutzt werden können;
- vi. in Anbetracht dessen, daß die oben erwähnten Beschlüsse nur sinnvoll sind, wenn der Rat der Stärkung der operationellen Rolle der WEU höchsten Stellenwert beimißt;
- vii. jedoch feststellend, daß eine klare Definition der Erfordernisse der WEU für die Durchführung des Konzepts der CJTF parallel laufen muß zur Schaffung klarer Kommando- und Kontrollstrukturen, welche die unerläßliche politische/militärische Schnittstelle für WEU-Operationen bilden angesichts der entscheidenden Bedeutung des Konzepts der CJTF für die Relevanz und Wirksamkeit zukünftiger WEU-Aktivitäten und Operationen;

- viii. in Anbetracht dessen, daß die WEU, um ihre Operationen in befriedigender Weise durchführen zu können, in Zukunft Zugang zu den nachrichtendienstlichen Erkenntnissen der einzelnen Staaten und der NATO haben muß;
- ix. unter Betonung, daß die Planungszelle angemessene Infrastrukturen und Kommunikationsverbindungen zur NATO erhalten sollte, die es ihr gestatten, ihren Aufgaben nachzukommen, wie im Schlußkommunique der NATO vom Januar 1994 auf dem Brüsseler Gipfel dargelegt,

empfiehlt dem Rat,

1. der Ausarbeitung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik allerhöchsten Stellenwert beizumessen, damit ein klarer Bezugsrahmen für die Aktivitäten der Planungszelle und aller anderen Organe der WEU zur Verfügung gestellt werden kann;
2. in der Zwischenzeit der Planungszelle zu gestatten, sich auf die drei Hauptaufgaben zu konzentrieren, wie in der Petersberg-Erklärung festgelegt:
 - die Fortschreibung einer Liste der Einheiten und Kombinationen von Einheiten, die der WEU für bestimmte Operationen zugewiesen werden können;
 - die Vorbereitung von Eventualfallplänen für den Einsatz von Streitkräften unter der Ägide der WEU;
 - die Erarbeitung von Empfehlungen für die erforderlichen Führungssysteme einschließlich ständiger Dienstanweisungen für eventuell auszuwählende Führungsstäbe;

und dabei sicherzustellen, daß die Planungszelle umfassend am Implementierungsprozeß des CJTF-Konzepts, welches entscheidend für die operationelle Rolle der WEU ist, teilnehmen und weiterhin daran mitarbeiten kann;
3. der Planungszelle mehr Geräte und technische Ressourcen für die Datenverarbeitung und Kommunikation zur Verfügung zu stellen;
4. sicherzustellen, daß zwischen den Regierungshauptstädten und der Planungszelle eine umfassende Zusammenarbeit stattfindet und unverzüglich die noch bestehenden Mängel bei den Beziehungen zwischen der Planungszelle und der NATO zu beseitigen, damit die Planungszelle ihre Hauptaufgaben erfüllen kann;
5. die Erweiterung bestehender Kontakte und des Informationsaustausches zwischen der WEU und den Vereinten Nationen und insbesondere zwischen der Planungszelle und dem Militärberater des Generalsekretärs der Vereinten Nationen in New York weiter auszubauen;
6. im Hinblick auf die Planung und mögliche Durchführung von friedensunterstützenden Operationen die in der Agenda für den Frieden der

Vereinten Nationen verwandte Terminologie zu benutzen;

7. eine Ausweitung der Mandate für die Planungszelle zu vermeiden, sofern diese nicht einhergeht mit einer entsprechenden Erweiterung des Mitarbeiterstabs;
8. nach erfolgter Beurteilung der Aktivitäten der Planungszelle und ihrer internen Gremien zum 1. Oktober 1994 die grundlegende Entscheidung zu treffen über entweder die Beibehaltung der derzeitigen militärischen Liaisongruppe mit begrenzten Kapazitäten oder die Schaffung eines militärischen Planungszentrums, das in der Lage wäre, die zahlreichen Planungsaufgaben und anderen Aktivitäten, die der Rat in Betracht ziehen kann, durchzuführen;
9. sicherzustellen, daß die Rotation des Personals der Planungszelle möglichst reibungslos vonstatten geht;
10. den internen Zusammenhalt der Planungszelle dadurch sicherzustellen, daß gewährleistet wird, daß alle Mitarbeiter nach ähnlichen Tarifen entlohnt werden wie alle anderen WEU-Mitarbeiter.

Tagesordnungspunkt

Zweiter Teil des 39. Jahresberichts des Rates

vorgelegt vom

luxemburgischen Vizepremier-, Außen- und Verteidigungsminister, Amtierenden Ratsvorsitzenden, Jacques Poos

(Drucksache: 1411)

Ansprache des luxemburgischen Vizepremier, Außen- und Verteidigungsministers und amtierenden Ratsvorsitzenden, Jacques Poos

(Themen: Kirchberg-Erklärung vom 9. Mai 1994 — Entwicklung der Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern und die assoziierte Partnerschaft der WEU — Erweiterung der Europäischen Union — Beziehungen zwischen WEU und NATO und das Konzept der alliierten Streitkräftekommandos/CJTF)

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Präsident. — Herr Außenminister, da in Kirchberg die assoziierte Partnerschaft mit den Staaten des östlichen Mitteleuropas beschlossen worden ist, möchte ich zunächst fragen, welche rechtlichen Wirkungen aus dieser Partnerschaft hervorgehen, insbesondere, welche rechtlichen Wirkungen und welche möglichen finanziellen Wirkungen für die assoziierten Partner die Deklaration von Kirchberg hat, die ja das Parlament auffordert, seinerseits diese neuen Partner in die Arbeit unserer Versammlung zu integrieren, und wann diese Partnerschaft in Kraft tritt. Das ist aus Ihrer Rede noch nicht hervorgegangen.

Die zweite Frage schließt an das an, wonach sich der Kollege Lord Finsberg erkundigt hat, bezieht sich aber nicht auf die EU, sondern auf die WEU. Wie kann künftig gewährleistet werden, daß die Versammlung an den Ergebnissen der Arbeitsgruppen und Gremien, die in der WEU geschaffen worden sind — einschließlich der Planungszelle —, schon im Meinungsbildungsprozeß mehr beteiligt wird, damit wir den Rechten und Pflichten, die wir nach Artikel 10 des Brüsseler Vertrags haben, besser entsprechen können. Dabei werden wir sicher berücksichtigen, daß wie in den nationalen Parlamenten die Vertraulichkeit dieser Arbeitsdokumente gesichert ist. Es gibt sicher Verfahren, von denen wir lernen können. Es ist wichtig, daß nicht nur unter Ihnen, sondern auch unter Ihrem Nachfolger oder Ihrer Nachfolgerin im Präsidium des Ministerrates entsprechende Verfahren ausgedacht werden und wir davon profitieren können. Das ist bitter notwendig.

Poos (Luxemburg). Ich möchte Herrn Soell auf Deutsch antworten.

Ich habe in meiner Rede klargemacht, daß dieser neue Assoziierungsvertrag mit den neuen Demokratien Zentral- und Osteuropas und den baltischen Staaten keine rechtliche Wirkung hat. Er hat einen moralischen Wert. Diese Länder fühlen sich heute als Mitglieder unserer Familie und können an der Hälfte der Sitzungen teilnehmen. Sie haben von der WEU ein Statut bekommen, das weiter geht als die Friedenspartnerschaft der NATO.

Das wird sicher finanzielle Auswirkungen haben. Es wird eine Aufgabe der nächsten Präsidentschaft sein, die Mitgliedsregierungen dazu zu bewegen, daß diese politischen Verpflichtungen auch finanziell erfüllt werden können. Ich sehe eine Aufgabe eines jeden Mitglieds dieser Versammlung auch darin, auf seine nationale Regierung, besonders auf seine Finanzminister, einzuwirken, damit im Budget des nächsten Jahres in unseren Ländern die Zuwendungen an die WEU erhöht werden können.

Was das Inkrafttreten anlangt, unterstreiche ich, daß die Assoziierung sofort in Kraft getreten ist. Es haben schon Sitzungen des Ständigen Rats im Beisein der neuen Partner stattgefunden. Auch die nächste Ministersitzung wird sie einbeziehen.

Zur Beteiligung der Versammlung habe ich schon öfter gesagt, daß es an der jeweiligen Präsidentschaft liegt, einen pragmatischen Ablauf zu garantieren und die Versammlung in einem frühen Stadium der Entschließungen zu konsultieren. Das wird auch innerhalb der neuen Gruppe möglich sein, die jetzt vom Rat eingesetzt wurde, um Überlegungen über die gemeinsame europäische Verteidigung anzustellen, die in die Regierungskonferenz von 1996 einfließen sollen. Diese Aufgabe wird sich über eineinhalb Jahre erstrecken. Es wird durchaus möglich sein, daß in dieser Zeitspanne Sie als Versammlung Ihren Input an den Rat geben, daß der Rat bei dem Präsidium der Versammlung rückfragt und daß es so zu einer sehr wirkungsvollen Zusammenarbeit kommt.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte in Europa, General Joulwan

(Themen: Bedeutung der NATO — Partnerschaft für den Frieden — Beziehungen zu Rußland — Entwicklung der europäischen Verteidigungsidentität — Aufrechterhaltung notwendiger Verteidigungskräfte — Sachstand des Konzepts der alliierten Streitkräftekommandos/CJTF)

Peter Kittelmann (CDU/CSU): Herr General, ich habe als sehr positiv zur Kenntnis genommen, daß aus der Sicht Ihrer Verantwortung eine engere Zusammenarbeit zwischen der WEU und der NATO kein Problem ist und daß es hier mehr um die Lösung einer politischen Frage geht. Wir, die wir hier schon seit langem tätig sind, bemühen uns schon seit längerer Zeit, diese engere Kooperation gewissermaßen einzuklagen. Sie fordern uns auf, in einer Zeit unübersehbarer Bedrohung auf unsere Verteidigungsetats dahin Einfluß zu nehmen, daß sie nicht gekürzt werden. In Europa haben wir innerhalb der WEU immer noch zwölf verschiedene Armeen mit zwölferlei Ausrüstung, und auch zwischen den Vereinigten Staaten und Europa gibt es unterschiedliche Vorstellungen über die Ausrüstung. Mich interessiert: Sind nach Ihren Erfahrungen erhebliche Einsparungen nicht dadurch möglich, daß man bei der Rüstung enger zusammenarbeitet und egoistische nationale Interessen mehr als bisher zurückstellt?

General Joulwan gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß in der Allianz nationale Ziele den Zielen des Bündnisses untergeordnet würden. Notwendig sei es, auf diesem Weg weiter zu gehen. Er hoffe, daß Interoperabilität so weit wie möglich erhalten werden könne, was auch im Hinblick auf die Beziehungen zu den neuen Partnern in Mittel- und Osteuropa von Bedeutung sei.

Tagesordnungspunkt

Die operationelle Organisation der WEU: die Zusammenarbeit auf See und im maritimen Bereich

(Drucksache: 1415)

Berichterstatter:

Abg. Sir Keith Speed (Großbritannien)

Empfehlung 562

betr. die operationelle Organisation der WEU — Zusammenarbeit auf See und im maritimen Bereich

Die Versammlung

- i. davon überzeugt, daß angesichts der angespannten internationalen Beziehungen in vielen Teilen der Welt, wo europäische Interessen auf dem Spiel stehen können, WEU-Kapazitäten zur Durchführung von Marineoperationen wichtig sind;

- ii. darüber erfreut, daß auf dem NATO-Gipfeltreffen am 10. Januar 1994, wie erwartet, die Rolle der WEU als Europäischer Pfeiler des Atlantischen Bündnisses bestätigt und die Europäische Verteidigungsidentität offiziell anerkannt wurde;
- iii. mit Bedauern darüber, daß der Nordatlantikrat erwägt, den einzigen Posten eines NATO-Oberbefehlshabers, den ein Europäer innehat, herabzustufen und den von der WEU schon vor Bestehen der NATO geschaffenen Befehlsbereich Ärmelkanal endgültig aufzulösen;
- iv. erfreut über die Bereitschaft des Rates der WEU, pragmatische Vorkehrungen für laufende Marine- und Flußoperationen zu treffen;
- v. unter Hinweis auf frühere Empfehlungen der Versammlung der WEU, die vorschlagen:
 - „... ständige europäische Seestreitkräfte mit dazugehörigen seegestützten Luftfahrzeugen aufzubauen, die der Luftverteidigung dienen und Frühwarn- und Kampfflugzeuge sowie Luftfahrzeuge zur U-Bootabwehr und Kampfhubschrauber umfassen, deren Stationierung in außerhalb des NATO-Bereichs gelegenen Gebieten im Falle eines Notstandes oder eines Krieges unter einheitlichem Befehl und gemeinsamer Kontrolle erfolgt, wenn die Sicherheitsinteressen Westeuropas auf dem Spiel stehen“ (1988);
 - „... der Schaffung des Europäischen Verteidigungspfeilers konkreten Ausdruck zu verleihen:
 - a) weitere multinationale Einheiten, wie z. B. den britisch-niederländischen Landungsverband und die deutsch-französische Brigade, anzuregen;
 - b) gezielte Maßnahmen zu ergreifen, die auf individueller Grundlage den Austausch von militärischem Personal zwischen den Staaten ermöglichen, um ein verstärktes Bewußtsein für die europäische Zusammenarbeit zu fördern; diesem Personal häufigere Reisen und ein interessanteres Arbeitsumfeld zu ermöglichen und somit einen nützlichen Beitrag zur Rekrutierung zu leisten in einer Zeit, in der der Geburtenrückgang die Rekrutierung äußerst schwierig macht“ (1989);
 - „... langfristig die Schaffung einer abrufbereiten WEU-Seestreitkraft für externe Operationen unter möglichem Zusammenschluß mit entsprechenden nationalen luftbeweglichen Einheiten zur Schaffung einer Europäischen Krisenreaktionsstreitkraft zu erwägen“ (1990);
 - „in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und insbesondere mit den betroffenen Golfstaaten in Übereinstimmung mit Artikel VIII des Geänderten Brüsseler Vertrags eine Präsenz der Marinestreitkräfte der WEU in der Golf-Region einzurichten, an der möglichst viele Mitgliedsländer beteiligt sind, die zumin-

dest gelegentlich Truppen bereitstellen, um den Frieden und die Stabilität in der Region zu erhalten und diplomatische Bemühungen in diesem Sinne zu unterstützen“ (1991);

- „ein spezielles europäisches Kennzeichen zur Identifizierung der WEU zu entwerfen und die Mitgliedstaaten eindringlich zu ersuchen, dieses Zeichen zur Kennzeichnung ihrer militärischen Streitkräfte — Schiffe, Flugzeuge, Fahrzeuge und Truppenangehörige —, die sich an WEU-Operationen beteiligen, zu verwenden. Die in der Planungszelle tätigen Mitarbeiter sollten zu den ersten Empfängern eines derartigen Ausweises gehören“ (1992);
- „die jeweiligen Aufgaben und Funktionen der Vereinigten Staaten und ihrer europäischen Verbündeten bei der Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu überprüfen und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß unter keinen Umständen ein Sicherheitsvakuum entsteht, weil es an angemessenen Vorkehrungen, Zusammenarbeit und Koordination mangelte“ (1993);

empfiehlt dem Rat,

1. die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufzufordern, Marinestreitkräfte aufrechtzuerhalten und auszubauen und dabei die nationalen Kapazitäten in Übereinstimmung mit der von der WEU festgelegten Politik für Marineeinsätze zu koordinieren und, soweit wie möglich, die Übereinstimmung mit der NATO-Flottendoktrin zu gewährleisten;
2. sachdienliche Beziehungen über maritime Angelegenheiten mit der Direktion Seeverkehr der Kommission der Europäischen Gemeinschaften aufzubauen und Beziehungen herzustellen zu den in Frage kommenden internationalen Schifffahrtsorganisationen, wie der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, der Internationalen Hydrographischen Organisation und den in strategischen Gebieten gelegenen seeorientierten Nichtmitgliedstaaten;
3. den Nordatlantikrat darauf anzusprechen, die Auflösung des Kommandobereiches Ärmelkanal dahingehend zu überprüfen, daß die europäische Dimension bei den neuen NATO-Kommandostrukturen nicht vernachlässigt wird, wobei die Einrichtung von Liaison-Gruppen zwischen der WEU und den NATO-Oberbefehlshabern und den nachgeordneten Befehlshabern ein möglicher Lösungsansatz ist;
4. eine dahingehende Erweiterung des Ärmelkanal-Ausschusses auf alle der WEU angehörenden assoziierten und Vollmitglieder der atlantischen Küste sowie die Einrichtung eines alle assoziierten und Vollmitgliedstaaten des Mittelmeerraums umfassenden „Mittelmeerausschusses“ in Betracht zu ziehen;
5. über den Ausschuß der Generalstabschefs der WEU dem Forum der Oberbefehlshaber der europäischen NATO-Marinen einen offiziellen Status

und ein spezielles Mandat zu übertragen, um in Zusammenarbeit mit der Planungszelle der WEU zur Ausarbeitung einer Politik für Marineoperationen beizutragen;

6. die Planungszelle personell sowohl in bezug auf den Umfang wie auch auf die Dienstränge angemessen auszustatten einschließlich Angehöriger der Marine, der Marineinfanterie und Vertretern anderer maritimer Streitkräfte, um unverzüglich eine Zusammenarbeit in den folgenden Bereichen einzuleiten:

- gemeinsame Einsatzplanung;
- Kommando und Kontrolle bei Marineeinsätzen (einschließlich der Tätigkeit des Marinemachrichtendienstes);
- Logistik (einschließlich des Seetransportes);
- Bau von Handelsschiffen und besondere Anforderungen in bezug auf die Anzahl und den Typ der Handelsschiffe sowie Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Rekrutierung und Ausbildung der erforderlichen Mannschaften;
- Maßnahmen für den effektiven Einsatz von Marine- und Handelsmarinereservisten;
- eine kohärente Politik und Programme für Marineübungen;

7. den Schwerpunkt auf die praktischen Aspekte der amphibischen und luftgestützten Zusammenarbeit auf See zu legen, wie z. B. auf die notwendige Koordinierung der Einsatzfähigkeit von zumindest einem Flugzeugträger für die entsprechenden Mitgliedstaaten und auf die Aufrechterhaltung und den Ausbau weiterer amphibischer Fähigkeiten als Komponente der europäischen Krisenreaktionsstreitkräfte;

8. sich einzusetzen für die Koordinierung von Einsätzen, insbesondere in der Karibik, zur Bekämpfung des Drogenhandels, der eine Gefahr für die europäische Sicherheit darstellt, unter Einsatz bestehender Marineeinheiten und insbesondere in Zusammenarbeit mit den Behörden der Vereinigten Staaten;

9. sich über die Westeuropäische Rüstungsgruppe um eine Zusammenarbeit im Bereich des Marinebeschaffungswesens zu bemühen — Schiffskörper wie auch Systeme — und die maritime und Marinedimension der Satellitenbeobachtung beim Aufbau des WEU-Satellitenzentrums in Torrejón und des WEU-Satellitenprogramms zur Erdbeobachtung hervorzuheben;

10. gemeinsam mit den nationalen Stellen eine Erinnerungsmedaille zu entwerfen, die Teilnehmern an Einsätzen unter der Ägide der WEU verliehen wird.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des maltesischen Außenministers, Guido de Marco

(Themen: Sicherheit im Mittelmeerraum — Vorschläge zur Schaffung von Foren für den Dialog im Mittelmeerraum — Politische Ziele Maltas)

Tagesordnungspunkt

Die Haushalte der ministeriellen Organe der WEU für das Haushaltsjahr 1994

(Drucksache: 1425)

Berichtersteller:
Abg. Giorgio Covi (Italien)

Empfehlung 563

betr. die Haushalte der ministeriellen Organe der Westeuropäischen Union für das Haushaltsjahr 1994

Die Versammlung

i. angesichts der Tatsache, daß

- a) der Rat der Versammlung die Haushalte der ministeriellen Organe für das Haushaltsjahr 1994 übermittelt hat;
- b) der Haushalt des Generalsekretariats fünf Abschnitte umfaßt, von denen sich Abschnitt D auf die Untersuchung der mittel- und langfristigen Raumfahrtstudien und Abschnitt E auf die Planungszelle bezieht;
- c) sich das Satellitenzentrum von Torrejón in seiner zweiten Versuchsphase befindet und der Ministerrat vorschlägt, die Zukunft des Zentrums Ende des Jahres 1994 zu erörtern;
- d) der Rat der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WERG) mit einem Sonderverfahren einen Betriebshaushalt für das Haushaltsjahr 1994 bewilligt hat und dieser Haushalt von dreizehn Ländern finanziert wird;
- e) der Rat die ihm zu einem früheren Zeitpunkt von der Versammlung vorgeschlagene Untersuchung über die mögliche Genehmigung einer privaten Krankenversicherung anstelle des französischen Sozialversicherungssystems immer noch nicht durchgeführt hat,

empfiehlt dem Rat,

1. sie über sämtliche nach Beendigung der Versuchsphase Ende des Jahres 1994 getroffenen Beschlüsse in bezug auf den Betrieb des Satellitenzentrums Torrejón zu informieren;
2. sie über die endgültigen Regelungen für die Aufstellung und Verwaltung des Haushalts der WERG zu informieren;
3. die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen für die Aufnahme der Mitarbeiter der WEU in Paris in

einer privaten Krankenkasse nach Ablauf der derzeitigen Vereinbarungen mit der Krankenversicherungsstelle des staatlichen französischen Sozialversicherungssystems.

Donnerstag, 16. Juni 1994

Tagesordnungspunkt

Die Rolle und Zukunft der Nuklearwaffen

(Drucksache: 1420)

Berichtersteller:

Abg. Armand DeDecker (Belgien)

Empfehlung 564

betr. die Rolle und Zukunft der Nuklearwaffen

Die Versammlung

- i. erfreut über den nach den START I und START II Verträgen und dem Ende des Kalten Kriegs erfolgten erheblichen Abbau der Nuklearwaffenarsenale in den Vereinigten Staaten und in Rußland;
- ii. sich dessen bewußt, daß START I und START II erst im Jahr 2003 vollständig in Kraft treten werden;
- iii. feststellend, daß die Vereinigten Staaten zur Zeit ihre Rolle als Kernwaffenstaat von Grund auf überdenken und konkrete politische Entschlossenheit zeigen, im Rahmen des zukünftigen START III Vertrages ihre strategischen Arsenale weiter zu verringern;
- iv. jedoch feststellend, daß Rußland seinerseits, vornehmlich auf Grund der Verringerung seiner konventionellen Streitkräfte, immer mehr versucht ist, seine strategischen Nuklearkapazitäten in den Mittelpunkt seiner Verteidigungspolitik zu stellen;
- v. unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Instabilität in Rußland und den ehemaligen Sowjetrepubliken und der sich daraus ergebenden Gefahren;
- vi. feststellend, daß noch immer Zweifel darüber bestehen, ob Rußland tatsächlich gewillt ist, den START II Vertrag zu ratifizieren und zu implementieren;
- vii. feststellend, daß trotz des Endes des Kalten Krieges und der Unterzeichnung der historischen Verträge über die Verringerung der nuklearen Waffen das Verhältnis zwischen Rußland und den westlichen Kernwaffenstaaten immer noch auf gegenseitiger Abschreckung basiert, wobei die Möglichkeit eines weiterhin überall als Kernelement der Abschreckungsdoktrin geltenden nuklearen Erstschlags nicht ausgeschlossen ist;
- viii. feststellend, daß ungeachtet der jüngsten Bemühungen, auf politischer Führungsebene und auf Sachverständigenebene Vertrauen zwischen den sich einst als Gegner im Kalten Krieg gegenüberstehenden Parteien aufzubauen, in vielen anderen Kreisen immer noch ein überraschender Mangel an gegenseitigem Vertrauen, an Bemühen um Transparenz und an mangelndem gegenseitigen Verständnis besteht;
- ix. sich dessen bewußt, daß der Aufbau neuer Beziehungen auf der Grundlage von Sicherheit, Stabilität und Vertrauen zwischen den Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses auf der einen und den Mitgliedern der Russischen Föderation auf der anderen Seite gefährdet sein könnte, wenn nicht im verstärkten Maße berücksichtigt wird, daß es weiterhin Mißtrauen, Vorurteile, grundlegende Unterschiede bei den Militärdoktrinen und abweichende Interessen in der Außenpolitik gibt;
- x. diesbezüglich in der Hoffnung, daß Rußland sich bereit erklärt, sich der vom Atlantischen Bündnis vorgeschlagenen „Partnerschaft für den Frieden“ anzuschließen;
- xi. mit Genugtuung über die bilateralen Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland und zwischen Rußland und dem Vereinigten Königreich über die Änderung der Zielkoordinaten der ihrem Kommando unterstellten Atomwaffen, auch wenn diese Abkommen eher symbolische als konkrete Bedeutung haben;
- xii. in der Auffassung, daß andere Maßnahmen, wie z. B. die Deaktivierung der Mehrzahl der strategischen Flugkörper und die Entfernung der nuklearen Gefechtsköpfe in Betracht gezogen werden sollten;
- xiii. in dem Wunsch, daß die Theorie einer gegenseitig gesicherten Zerstörung (mutual assured destruction (MAD)) durch eine Politik der gegenseitig gesicherten Zusammenarbeit (mutual assured cooperation (MAC)) ersetzt werden sollte;
- xiv. feststellend, daß es völlig unlogisch wäre, mit der Umsetzung einer Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und dem Aufbau einer gemeinsamen Verteidigung durch die WEU zu beginnen, „die auf längere Sicht auch zur Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik führen könnte“, ohne die Rolle der französischen und britischen nuklearen Streitkräfte im Rahmen der gemeinsamen Verteidigungspolitik der Europäischen Union sorgfältig zu prüfen;
- xv. die Arbeit der Ständigen Gemeinsamen Britisch-Französischen Kommission für die Ausarbeitung einer Nuklearpolitik und -doktrin begrüßend, die u. a. bestätigt hat, daß es viele Übereinstimmungen bei den von den beiden Ländern vorgenommenen Einschätzungen gibt;

- xvi. in dem Bewußtsein, daß die Existenz eines ernstzunehmenden Atomwaffenarsenals in Rußland weiterhin die Strukturen und die Stationierung der nuklearen Streitkräfte in Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten bestimmt;
- xvii. feststellend, daß es in bezug auf die Weiterverbreitung zweifelhaft ist, ob der Besitz nuklearer Waffen durch die offiziellen Kernwaffenstaaten dazu beiträgt, Drittländer davon abzuhalten, sich eigene Nuklearwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen zu beschaffen;
- xviii. in der Erkenntnis, daß insbesondere in den Vereinigten Staaten die Bedeutung der nuklearen Abschreckung als Mittel zur Vermeidung von Kriegen abzunehmen scheint und eine erweiterte nukleare Abschreckung ebenfalls an Glaubwürdigkeit verliert;
- xix. feststellend, daß die nach dem NATO-Beschluß vom Oktober 1991 in Europa verbleibenden 700 schweren Bomber der Vereinigten Staaten vom Typ B-61 nur politische und symbolische Bedeutung haben;
- xx. feststellend, daß unter den heutigen Umständen eine nukleare Abschreckung im zunehmenden Maße nur dann glaubwürdig ist, wenn die lebenswichtigen Interessen eines Landes oder einer Gruppe von Ländern einer unmittelbaren Bedrohung durch die Macht ausgesetzt sind, der die Abschreckung gilt;
- xxi. feststellend, daß im Hinblick auf die gemeinsame Sicherheitspolitik der Europäischen Union und im Rahmen der WEU eine Untersuchung darüber durchgeführt werden sollte, welches die grundlegenden Interessen sind, die Frankreich und das Vereinigte Königreich durch ihre nuklearen Kapazitäten schützen wollen;
- xxii. mit Bedauern darüber, daß es bei der Verteidigungspolitik der europäischen Staaten nicht genügend Zusammenhalt gibt und daß es ungeachtet mutiger genereller Erklärungen noch immer keinen Zusammenhalt und keine Verständigung zwischen unseren Ländern über die Entwicklung und die Zukunft ihrer strategischen Beziehungen zu Rußland gibt, obgleich dies für das Zustandekommen eines dauerhaften Sicherheitssystems in Europa unerlässlich ist;
- xxiii. mit Genugtuung darüber, daß die mitteleuropäischen Länder des Konsultationsforums den Status assoziierter Partner erhalten haben;
- xxiv. jedoch nachdrücklich darauf hinweisend, daß die von der WEU vertretene Politik engerer Sicherheitsbedingungen an ihre mitteleuropäischen Partner wenig zur Sicherheit Europas beitragen wird, solange sie nicht einhergeht mit häufigeren politischen und militärischen Konsultationen mit Rußland und den anderen europäischen GUS-Republiken mit dem Ziel der Schaffung eines strategischen Verhältnisses, das von großem gegenseitigen Verständnis und Respekt für die jeweiligen Interessen gekennzeichnet ist;
- xxv. feststellend, daß es von größter Wichtigkeit ist, die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Weiterverbreitung zu stärken und zu verbessern, insbesondere durch die Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) im Jahr 1995, die Verbesserung des Trägertechnologiekontrollregimes (MTCR), die Schaffung einer Nachfolgeorganisation der COCOM mit erweiterter Mitgliedschaft und den Abschluß eines umfassenden Teststopp-Abkommens;
- xxvi. sich dessen bewußt, daß keines dieser bereits bestehenden oder zukünftigen Verbreitungsregime eine Garantie dafür bietet, daß ein Land, das genügend finanzielle Mittel und entsprechende Ambitionen besitzt, nicht ballistische Flugkörper oder Massenvernichtungswaffen erwirbt;
- xxvii. feststellend, daß es dringend notwendig ist, daß sich die offiziellen Kernwaffenstaaten auf eine kohärente und abgestimmte Politik verständigen, die auch Eventualpläne für den Fall vorsieht, daß ein mit Atomwaffen ausgerüstetes Land droht, diese Waffen möglicherweise einzusetzen;
- xxviii. in der Erkenntnis, daß eine kohärente europäische Politik zur Bekämpfung der Weiterverbreitung ausgearbeitet werden muß, die sich an den im Rahmen des Atlantischen Bündnisses geführten Gesprächen nach der jüngsten Initiative der Vereinigten Staaten orientiert;
- xxix. unter Hinweis auf die Ergebnisse des Symposiums der Versammlung in Rom über die Raketenabwehr für Europa (20. bis 21. April 1993) und insbesondere die Empfehlung der Versammlung, daß der Rat auf der Grundlage einer sorgfältigen Risikoeinschätzung entscheiden möge, ob und in welchem Maße es erforderlich ist, der europäischen Industrie den Auftrag zu erteilen, eine Durchführbarkeitsstudie über die Voraussetzungen für ein kostenwirksames Raketenabwehrsystem für Europa zu erstellen;
- xxix. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Rat der WEU in seiner Antwort auf die Empfehlung 540 betont hat, daß nukleare Fragen zur Zeit nicht auf seiner Tagesordnung stehen;
- xxxi. jedoch nochmals nachdrücklich darauf hinweisend, daß die hier dargelegten Überlegungen einen Anreiz bieten sollten, die Rolle der Nuklearwaffen für die Sicherheit Europas neu zu definieren in der Erkenntnis, daß ihre Erfindung nicht rückgängig gemacht werden kann und sie — und sei es nur aus diesem Grunde — weiterhin stationiert bleiben und in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle bei den internationalen Beziehungen spielen werden,

empfiehlt dem Rat,

1. innerhalb der WEU eine strategische Arbeitsgruppe einzurichten:
 - zur Untersuchung der Rolle und Zukunft der nuklearen Waffen für die europäische Sicherheit unter Berücksichtigung der verschiedenen Aspekte einer erweiterten nuklearen Abschreckung innerhalb Europas;
 - zur Untersuchung der Rolle, die alle WEU-Staaten bei der Ausarbeitung einer zukünftigen europäischen Nuklearstrategie spielen könnten;
 - zur anschließenden Prüfung der Möglichkeit, innerhalb der WEU ein nukleares Planungsgremium einzurichten;
 - zur Untersuchung der militärischen Aspekte einer aktiven europäischen Politik zur Bekämpfung der Weiterverbreitung;
 - zur Prüfung der Möglichkeiten Europas, die GUS dabei zu unterstützen, die nuklearen Gefechtsköpfe zu verschrotten, die über die festgelegte Zahl hinausgehen, die in den zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den GUS-Republiken, die im Besitz nuklearer Waffen sind, geschlossenen bilateralen Abkommen und den einseitigen Erklärungen vereinbart wurde;
2. Maßnahmen zur Vertiefung der Beziehungen zu den europäischen GUS-Republiken, insbesondere zu Rußland und der Ukraine zu ergreifen, um insbesondere sicherzustellen, daß die Festlegung einer europäischen Verteidigungsidentität kein neues Mißtrauen oder Reaktionen hervorruft, die dem eigentlichen Ziel der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsordnung zuwiderlaufen könnten;

3. sicherzustellen, daß die oben erwähnten Initiativen in einer Atmosphäre absoluter Transparenz gegenüber den nordamerikanischen Verbündeten Westeuropas verfolgt werden, um so sicherzustellen, daß die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität durch die nordamerikanischen Bündnispartner unterstützt wird.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des slowakischen Außenministers, Eduard Kukan

(Themen: Assoziierte Partnerschaft bei der WEU — Zusammenarbeit in den Visegrad-Staaten — Beziehungen der Slowakei zur Allianz und Partnerschaft für den Frieden — Vorstellungen über die Gestaltung des zukünftigen Europa)

Tagesordnungspunkt

Abstimmung

Die Änderung der Satzung und Geschäftsordnung der Versammlung im Hinblick auf die Schaffung des Status eines assoziierten Mitglieds

(Drucksache: 1416)

Berichterstatter:

Abg. Lord Finsburg (Großbritannien)

Die für die Abstimmung erforderliche Beschlußfähigkeit nach Art. 37 der Geschäftsordnung war nicht gegeben.